


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

GESCHICHTSPOLITIK

- | | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Staatliche Geschichtsschreibung im Post-Imperium.
Putins Einheitslehrbuch für den Geschichtsunterricht
Wolfram von Scheliha, Leipzig | 2 |
| ■ ANALYSE | |
| Vom »Vaterländischen Krieg 1812« zum »Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«
Siegesmythen als Fundament staatlicher Geschichtspolitik in der Sowjetunion, der
Russländischen Föderation, der Ukraine und Belarus
Stefan Troebst, Leipzig | 7 |
| ■ UMFRAGE | |
| Geschichte und Geschichtsbuch | 10 |
| ■ AUS RUSSISCHEN BLOGS | |
| »Regen« und Zensurhagel
Der unabhängige Fernsehsender »Doschd« (»Regen«) steht wegen einer Umfrage zur
Leningrader Blockade vor dem Aus | 15 |
| ■ NOTIZEN AUS MOSKAU | |
| Putins Sotschi: vom Erschaffen, vom Pech und den Chancen für einen guten Ausgang
Jens Siegert, Moskau | 17 |
| ■ UMFRAGE | |
| Vorfreude auf Sotschi. Umfragen im Vorfeld der Winterolympiade | 19 |
| ■ CHRONIK | |
| 30. Januar – 13. Februar 2013 | 25 |

Staatliche Geschichtsschreibung im Post-Imperium. Putins Einheitslehrbuch für den Geschichtsunterricht

Wolfram von Scheliha, Leipzig

Zusammenfassung

Mit Geschichte macht Wladimir Putin gern Politik. Als er im Februar 2013 forderte, dass die Vergangenheit Russlands an den Schulen künftig nur noch mit einem einheitlichen Lehrbuch unterrichtet werden solle, befürchteten viele, der frühere KGB-Offizier wolle so Stalin und die Sowjetunion rehabilitieren. Doch Putins Pläne gehen in eine andere Richtung. Das Ende Oktober 2013 veröffentlichte Lehrbuchkonzept überrascht durch eine stückweise Abkehr von der national-russischen Schulbuchgeschichtsschreibung. Doch der formulierte neue multinationale und multikulturelle Ansatz ist nur vordergründig modern. Denn das Lehrbuchkonzept entpuppt sich vor allem als eine Apologie der russländischen und sowjetischen Imperialpolitik.

Stalin als Lackmустest

Putins Ruf vom 19. Februar 2013 nach einem einheitlichen Schullehrbuch zur russländischen Geschichte wird von vielen als ein weiteres Indiz für die sich verfestigenden autoritären Herrschaftsstrukturen in Russland gesehen. Es gibt sogar eine vermeintlich passende historische Analogie: Stalins berühmt-berüchtigter »Kurz-er Lehrgang der Geschichte der KPdSU(b)« – die Bibel des untergegangenen Sowjetimperiums. Putins Zielvorgaben ließen tatsächlich das Schlimmste befürchten: Es solle eine »kanonische Version« der Geschichte entstehen, die der »offiziellen Einschätzung« entspricht. Das Lehrbuch solle zum »Patriotismus« erziehen und der jungen Generation das »Gefühl des Stolzes auf das eigene Land, auf seine Rolle in der Weltgeschichte« nahebringen. Das Wissen um die militärischen Siege solle schließlich ein »positives Pathos« des historischen Bewusstseins begründen.

Der Umgang mit der sowjetischen Geschichte und mit der Reizfigur Stalin gilt deshalb als ein Lackmустest zur Beurteilung des gesamten Schulbuchs. Sollen die Schrecken des Stalinismus mit ihren Millionen von Opfern zugunsten einer Heldengeschichte von Rjurik bis Putin verharmlost werden? Entsprechende Befürchtungen waren durchaus begründet. Als 2007 erstmals die Frage eines einheitlichen Geschichtslehrbuches aufkam, erschien die von Alexander Fillipow herausgegebene Handreichung für Lehrer »Die Neueste Geschichte Russlands, 1945–2006«. Fillipow präsentierte darin Stalin als einen erfolgreichen Staatslenker, der in einer Reihe mit Iwan dem Schrecklichen und Peter dem Großen steht: als einen Reformen, der zwar mit harter Hand regierte, dafür aber das Land einen deutlichen Schritt voranbrachte. Stalins Repressionen und den »Große Terror« rechtfertigte Fillipow folgerichtig mit der Steigerung der Effektivität von Industrialisierung und Verwaltung. Dieses Bild vom »effektiven Manager« schien Stalin zu rehabilitieren. Führt

Fillipows Lehrmaterial bereits zu einer breiten Kontroverse, kam es im Sommer 2010 nach der Neuauflage des Hochschullehrbuchs »Geschichte Russlands, 1917–2009« von Alexander Barsenkov und Aleksandr Wdowin zu einem handfesten Skandal. Die breite Empörung über das erstmals 2005 erschienene Buch stand offenkundig im Zusammenhang mit der Debatte um die 2009 von Präsident Dmitrij Medwedew eingesetzte (und im Februar 2012 wieder aufgelöste) Kommission zum Kampf gegen Geschichtsfälschungen.

Barsenkov und Wdowin versuchten ebenfalls, den Terror der 1930er-Jahre zu rechtfertigen und bedienten sich dabei auch offen antisemitischer Argumente, indem sie auf den hohen Anteil von Juden im Staatsapparat, bei der Polizei und der Presse hinwiesen. Diesen Zustand nannten sie »anormal«. Die Presseberichterstattung führte zu einem beachtlichen zivilgesellschaftlichen Protest. Ein Ausschuss der Gesellschaftskammer, die Putin 2005 eigentlich als ein Gremium zur Domestizierung der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen hatte, forderte das Bildungsministerium zur Überprüfung der Angelegenheit auf. Die Moskauer Lomonosow-Universität, der Arbeitgeber von Barsenkov und Wdowin, nahm die Untersuchung in die Hand, stellte eine Reihe »quellenkundlicher, methodologischer, konzeptioneller, methodischer und ethischer« Unzulänglichkeiten fest und empfahl, das Buch nicht mehr zu verwenden.

Vor dem Hintergrund dieses erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Protests und nach mehreren kritischen Äußerungen Putins zu Stalin und zum Stalinismus war es eher unwahrscheinlich, dass Stalin mit dem Einheitslehrbuch nun doch wieder rehabilitiert würde. Tatsächlich reflektiert die am 30. Oktober 2013 veröffentlichte »Konzeption des neuen lehrmethodischen Komplexes zur vaterländischen Geschichte« deutlich eine Ambivalenz in Russland bei der Erinnerung an Stalin und seine Herrschaftszeit. Denn Stalin war eben nicht nur für den

gewaltsamen Tod von Millionen von Menschen verantwortlich, sondern auch für den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland. Und dieser Sieg bildet das Herzstück der Erinnerungskultur in Russland. Eine Apologie Stalins und der sowjetischen Geschichte insgesamt ist jedoch mit dem neuen Schulbuchstandard nicht verbunden. Allerdings umfasst der vorliegende Text nur 80 Seiten, stellt aber mehr als tausend Jahre Geschichte dar. Verkürzungen und Vereinfachungen sind dabei nicht zu vermeiden. Manche Formulierungen gerade zum Zweiten Weltkrieg sind zweifellos streitbar. Das geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt bleibt unerwähnt, obwohl es in einem früheren Textentwurf noch enthalten war; der Kriegseintritt der Sowjetunion wird mit dem 22. Juni 1941, dem Tag des deutschen Überfalls datiert, als ob es den sowjetischen Einmarsch in Ostpolen im September 1939, die Besetzung der baltischen Republiken und den Winterkrieg gegen Finnland nicht gegeben hätte. Dafür nennt das Konzept aber ausdrücklich die »Tragödie von Katyn«. Noch in jüngster Zeit hat es offiziell geduldete Rechtfertigungs- und Leugnungsversuche der sowjetischen Verantwortung für dieses Massaker gegeben. In Bezug auf die innere Entwicklung kritisiert das Konzept die forcierte Industrialisierungspolitik Stalins, deren Preis sich als »überaus hoch« erwiesen habe; und es nennt die gewaltsame Kollektivierung eine »Tragödie für das Land«, da sie mit Hilfe »grausamer Repressionen« durchgeführt worden sei. Daneben beklagt es die ideologische Zensur, die Suche nach »Volksfeinden« und die Massenrepressionen der 1930er-Jahre.

Für Irritation sorgt die Charakterisierung der Breschnew-Ära als die »stabilste in der Geschichte unseres Landes im 20. Jahrhundert«, doch wird diese Feststellung durch den Verweis auf die Ende der 1970er-Jahre einsetzende wirtschaftliche und ideologische Krise modifiziert. Das systembedingte Fehlen an technischen Innovationen und der dadurch beförderte Rückstand im IT-Bereich gegenüber dem Westen werden ebenso erwähnt wie die Dissidentenbewegung, Alexander Solschenizyn und Andrej Sacharow. Auch wenn man letztlich die genauen Formulierungen in den späteren Schulbüchern abwarten muss, ist ein Bemühen um eine differenzierte Darstellung der sowjetischen Vergangenheit erkennbar.

Partielle »Entrussifizierung« des historischen Narrativs

Das grundlegend Neue an dem Konzept liegt deshalb nicht in der Darstellung der Sowjetzeit, sondern in dem formulierten Ansatz. Denn er bedeutet – zumindest auf dem Papier – einen Bruch mit der traditionellen russischen und sowjetischen Schulbuchgeschichtsschreibung.

Er markiert den Beginn einer »Entrussifizierung« des historischen Narrativs. Das ausgegebene Ziel ist nun eine multinationale und multikulturelle Geschichte des Gesamtstaats. Folglich sollen nicht nur die ethnischen Russen und die Ostslawen, sondern auch andere in Russland lebende Nationalitäten Berücksichtigung finden. Dies ist eine Abkehr von dem im Zweiten Weltkrieg nach Stalins Vorgaben propagierten Konzept des Sowjetpatriotismus, das nach dem Untergang der Sowjetunion (nun bezogen auf die Russländische Föderation) weitgehend beibehalten wurde. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Patriotismus aber um einen großrussischen Nationalismus, denn die stalinistische Propaganda schrieb der russischen Mehrheitsnation in der imperialen und kolonialen Tradition des Zarenreichs gegenüber den anderen Nationalitäten die führende Rolle zu. Den Tataren, beispielsweise, ließ Stalin sogar per ZK-Beschluss jegliche historische »Progressivität« absprechen.

Es war deshalb kein Zufall, dass Putin seinen Vorschlag für das Einheitsgeschichtsbuch auf einer Sitzung des »Rates für interethnische Beziehungen beim Präsidenten der Russländischen Föderation« verkündete. Die Schule, führte Putin damals aus, habe eine wichtige Rolle, um eine Kultur des Austausches zwischen Vertretern unterschiedlicher Nationalitäten herauszubilden und eine Atmosphäre des gegenseitigen Respekts zu verfestigen. Deshalb solle das Schulbuch im Rahmen einer geschlossenen Logik die russländische Geschichte lückenlos darstellen und zeigen, dass sich das Schicksal des Landes auf der Einheit verschiedener Völker, Traditionen und Kulturen gründet. Bestehende Widersprüche zwischen verschiedenen nationalen Narrativen sollen aufgelöst oder zumindest sichtbar gemacht werden. Ein Beispiel: Die Turko-Mongolen, die über die Rus im 13. Jahrhundert eine Tribut Herrschaft errichtet hatten, charakterisieren die traditionellen Schulbücher gewöhnlich als blutrünstige, wilde Barbaren und bezeichnen sie mit dem allerdings auch in den Quellen verwandten Begriff »Tataren«. Zudem werden diese für viele negative Entwicklungen verantwortlich gemacht, für die Abkoppelung Russlands vom übrigen Europa, für die notorische Rückständigkeit und sogar für den Mangel an demokratischer Kultur. Die Geschichtsbücher der Republik Tatarstan und anderer Turkvölker, die sich als Nachfahren jener mittelalterlichen Turko-Mongolen verstehen, sehen aber gerade in der Zeit der so genannten »Goldenen Horde« eine Hochphase ihrer eigenen, hochentwickelten »Zivilisation«, die einen durchaus positiven Einfluss auf den weiteren Verlauf der Geschichte Russlands gehabt habe. Mit der Aufhebung solcher Widersprüche möchte Putin einen »einheitlichen geisteswissenschaftlichen Raum unserer multinationalen Nation«

schaffen, so dass in Wladiwostok im Geschichtsunterricht genau das gleiche gelehrt wird wie in Moskau, Murmansk oder Grosnyj.

Nationale Spannungen und demographischer Wandel

Was als eine geschichtspolitische Zwangsmaßnahme aussieht, macht unter praktischen Gesichtspunkten durchaus Sinn. Denn Mobilität und Binnenmigration haben in Russland zuletzt deutlich zugenommen. Aus ähnlichen Gründen diskutiert man auch in Deutschland über eine Harmonisierung der Lehrpläne der sechzehn Bundesländer. Für die Abkehr vom rein national-russischen Narrativ zu einer in höherem Maße multinationalen Perspektive gibt es aber noch andere gewichtige Gründe. Auch Russland unterliegt einem tiefgreifenden demographischen Wandel. Während die Geburtenrate bei der ethnisch russischen Bevölkerung deutlich sinkt, steigt sie vor allem bei den überwiegend muslimischen Nationalitäten. Mittel- und langfristig nimmt deshalb der russische Bevölkerungsanteil prozentual ab und vor allem in den Schulen nimmt der Anteil nichtrussischer, muslimischer Schüler erheblich zu. Diese Entwicklung geht mit einem wachsenden nationalen Selbstbewusstsein der nichtrussischen Nationalitäten einher, das bis hin zu Unabhängigkeitsbestrebungen reicht. Diese Entwicklung drückt sich auch in der Schaffung eigener Nationalgeschichten aus, die sich bewusst von der imperialen russischen Nationalgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts absetzen. Eine solche Konfrontation der historischen Narrative verschärft indes die vorhandenen nationalen Spannungen in Russland weiter.

Entsprechende Konflikte sind auch auf die gestiegene Mobilität zurückzuführen. So leben lediglich 30 % der tatarischen Bevölkerung in der Republik Tatarstan. Die Tataren in den übrigen Landesteilen möchten aber auch nicht, dass ihre Kinder in der Schule lernen, sie seien Nachfahren primitiver Barbaren. Auf der anderen Seite verfestigen bei der ethnisch russischen Bevölkerung die in deren Nationalgeschichte tradierten Stereotypen die Vorbehalte gegenüber den Binnenmigranten. In Moskau vertreten laut einer Umfrage 62 % der Bevölkerung die Ansicht, die Vielzahl der Nationalitäten bringe dem Land mehr Schaden als Nutzen. 88 % der Moskauer sind sogar der Meinung, man müsse den Zuzug von Angehörigen einiger Nationalitäten begrenzen. Die jüngsten nationalistischen Demonstrationen in Moskau mit beachtlichem Zulauf und die gewalttätigen Auseinandersetzungen waren für Putin immerhin so beunruhigend, dass er sie in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung am 12. Dezember 2012 ausdrücklich verurteilte

und zur Verteidigung des Friedens unter den unterschiedlichen Nationalitäten aufrief.

Post-imperiale Geschichtsschreibung mit Formelkompromissen

Wladimir Putin ist allerdings nicht über Nacht zu einem Multikulti-Anhänger geworden. Aber er möchte in eben dieses Geschichtsbuch als derjenige eingehen, der dem Land nach den »Wirren« der Jelzin-Ära die Stabilität zurückgegeben und dem Separatismus Einhalt geboten hat. Dazu ist aber ein gewisser Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Nationalitäten in Russland unabdingbar. Der Ansatz, beim Geschichtsunterricht den rein russischen Erzählstrang zu verlassen und auch die anderen Nationalitäten zu berücksichtigen, ist jedoch nicht neu. Fachkreise diskutieren dies seit den 1990er-Jahren, und in Kooperation mit dem Europarat entstanden Vorschläge, die einige Lehrbücher bereits recht vielversprechend umsetzen. Doch es gibt auch Widerstände. Leonid Kazwa, Ko-Autor einer Schulbuchreihe, vertritt beispielsweise die Ansicht, die Geschichte der nichtrussischen Nationalitäten bräuchte nur dann behandelt zu werden, wenn es für das Studium der Geschichte der Russen notwendig sei.

Demgegenüber plädiert das neue Schulbuchkonzept für einen »Dialog der Kulturen in einem einzigen historischen Raum«. Dies solle den Schülern das »Gefühl der Zugehörigkeit zu einem sehr reichen, gemeinsamen kulturellen und historischen Raum« vermitteln. Die Erziehungsziele sind laut Konzept Patriotismus, Bürgersinn und Toleranz sowie das erwähnte »positive Pathos«. Weiter heißt es: »Tragödien darf man nicht verschweigen, doch ist es notwendig zu unterstreichen, dass das russische Volk und andere Völker unseres Landes die Kräfte gefunden haben, gemeinsam die ihnen zuteil gewordenen schweren Erfahrungen zu überwinden.« Bei der Vermittlung von Russlands Multinationalität und Multikonfessionalität sei »zu betonen, dass der Anschluss an Russland und die Zugehörigkeit zum russländischen Staat eine positive Bedeutung für die Völker unseres Landes hatten: Sicherheit vor äußeren Feinden, Beendigung innerer Wirren und Fehden, wirtschaftliche Entwicklung, Verbreitung von Aufklärung, Bildung, Gesundheitsfürsorge usw.«

Solche Sätze entsprechen allerdings weniger dem modernen Ansatz eines interkulturellen Dialogs, sondern dem kolonialzeitlichen Bild einer russischen Zivilisierungsmission gegenüber den vermeintlich unzivilisierten Völkern des »Ostens«. Zugleich vermittelt diese Herangehensweise einen Geschichts determinismus, als ob es keine andere Entwicklungsmöglichkeit als die Entstehung des russländischen Vielvölkerstaats gegeben hätte. Doch Putin und die von ihm beauftragte

Arbeitsgruppe haben nicht nur die Gebiete und Völker, die heute zur Russländischen Föderation gehören, im Blick, sondern auch die ehemaligen Sowjetrepubliken. Denn für Putin bedeutet der Zerfall der Sowjetunion »die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts«. Mit der Gründung der »Eurasischen Union«, die er zum wichtigsten außenpolitischen Projekt seiner dritten Amtszeit ausgerufen hat, versucht er diese Entwicklung durch eine neue, post-imperiale Form der politischen und wirtschaftlichen Integration jedenfalls ein Stück weit zu korrigieren. Das Einheitsgeschichtsbuch dient deshalb auch dazu, entsprechende geschichtspolitische Signale in diese Richtung zu senden, um den angesprochenen Staaten eine Wiederannäherung an Russland zu erleichtern. Folglich kam bereits im Dezember 2013 aus Moskau der Vorschlag, auf der Grundlage des entwickelten Konzepts ein Einheitslehrbuch für die noch gar nicht existente »Eurasische Union« zu erarbeiten.

Aber auch auf die Ukraine gehen die Autoren geschichtspolitisch einen Schritt zu. Alexander Tschubarjan, Akademiehistoriker und trotz seiner 82 Jahre die geschichtspolitische Allzweckwaffe des Kremls, meldete am 16. Januar 2014 dem Präsidenten, man habe bei der Frage des Ursprungs des »altrussischen« Staats einen Kompromiss gefunden. Für ukrainische Nationalhistoriker gehört die so genannte Kiewer Rus – als Begriff eine Erfindung der Historiographie des 19. Jahrhunderts – exklusiv zur ukrainischen Geschichte, denn ihrer Meinung nach sind die großrussische Nation und das spätere Moskauer Reich völlig unabhängig davon entstanden. Russische Historiker postulieren dagegen einen gemeinsamen »altrussischen Ethnos«. Vor allem hieraus leiten die Machthaber in Russland bis heute ihre Großer-Bruder-Attitüde gegenüber der Ukraine ab. Das Lehrbuchkonzept folgt zwar weitgehend dem traditionellen russischen Narrativ, vermeidet aber die in der Ukraine anstößigen Begriffe. Diese finden sich stattdessen auf der Liste »Schwierige Fragen der Geschichte Russlands« wieder, die bislang zwanzig Punkte umfasst, aber nicht als abgeschlossen gilt. Das Verfahren der Identifizierung und der gesonderten Erörterung »schwieriger Fragen« war in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der polnisch-russischen Kommission für schwierige Fragen erfolgreich praktiziert worden, um geschichtspolitische Minen zu entschärfen.

Ähnliche Formelkompromisse finden sich auch zu anderen kritischen Punkten. Auf Drängen der Historiker aus Tatarstan entfällt künftig der Begriff »Tatarenjoch« und wird durch »System der Abhängigkeit der russischen Länder von den Khanen der Goldenen Horde (sog. »Joch der Goldenen Horde)« ersetzt. Dies vermeidet zwar eine Stigmatisierung der heutigen Tata-

ren, in der Substanz ändert sich das traditionelle Narrativ, soweit es sich aus dem Konzept herauslesen lässt, aber nur marginal.

Patchwork-Historiographie anstelle einer integrierten Geschichte

Dass letztlich nicht mehr bei dem Schulbuchkonzept herausgekommen ist, liegt an der Vorgehensweise der Arbeitsgruppe. Die Federführung bei der Ausarbeitung des ersten Konzeptentwurfs lag in der Hand des Instituts für russländische Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Moskau, ohne Beteiligung nichtrussischer Historiker. Folglich entspricht der Text weitgehend dem traditionellen national-russischen Narrativ und berücksichtigt kaum andere Völkerschaften. Dieser Entwurfstext wurde am 1. Juli auf mehreren Internetseiten veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Putin wünscht ein transparentes Verfahren und möchte die Bevölkerung einbeziehen. Denn das Einheitslehrbuch soll, wie es Sergej Naryschkin, Duma-Präsident und Vorsitzender der Arbeitsgruppe, formulierte, einen »Gesellschaftsvertrag über die Wahrnehmung der Vergangenheit« darstellen. Parallel machte sich die Arbeitsgruppe, die aus den zuständigen Fachministern, Vertretern des Kremls, Lehrern und Historikern besteht, an die Überarbeitung des Entwurfs. Es ist vor allem auf die drei nicht-russischen Historiker Chirsi Amirchanow aus Dagestan sowie Ramil Chajrutdinow und Rafael Chakimow aus Tatarstan zurückzuführen, dass das schließlich beschlossene Lehrbuchkonzept die Geschichte der nichtrussischen Nationalitäten stärker berücksichtigt.

Legt man beide Texte nebeneinander, lässt sich die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe leicht nachvollziehen: Um das traditionelle Narrativ herum wurden die Hinweise zu den anderen Nationalitäten einfach nur eingefügt. Dies unterbricht und erweitert den bisherigen Erzählstrang, verändert ihn aber nicht grundsätzlich. Das Ergebnis ist eine Patchwork-Geschichte, die nicht frei von inneren Widersprüchen ist. Denn bei der Darstellung der außenpolitischen Entwicklungen behält das Konzept die national-russische Perspektive bei. Die Herrschaft der »Goldenen Horde« und den zum Teil freiwilligen Übertritt einiger Fürstentümer der Rus unter polnische und litauische Oberhoheit im Mittelalter bringt das Konzept auf den Nenner »Ausländerherrschaft«, Polen und Litauen werden sogar explizit und eindeutig negativ konnotiert als »anders-ethnische Staatsgebilde« charakterisiert. Die während der »Zeit der Wirren« Anfang des 17. Jahrhunderts im Raum stehende Zarenwahl des polnischen Königs oder seines Sohnes betrachtet das Konzept als einen drohenden »Verlust der nationalen Unabhängigkeit«, obwohl den Polen die Krone von Teilen der russischen Elite,

darunter auch vom Vater des späteren ersten Romanow-Zaren, angetragen wurde. Die russische Expansion nach Westen und Osten wertet das Konzept dagegen durchweg positiv: Die Eroberung der tatarischen Khanate von Kasan und Astrachan in der Mitte des 16. Jahrhunderts? »Ein bedeutender Erfolg.« Die Einverleibung des Baltikums unter Peter dem Großen? Sie diene der Verbesserung der Grenzsicherheit (desselben Arguments bediente sich auch Stalin bei seiner Annexion der baltischen Republiken). Die russische Beteiligung an den Teilungen Polens? Das war die Erfüllung von Russlands historischer Mission des Sammelns des ganzen Erbes der Kiewer Rus. Dass in jedem dieser Fälle andere Nationen ihre Unabhängigkeit verloren, bleibt völlig unberücksichtigt.

Bei dem Konzept handelt es sich daher nicht um eine moderne integrierte Geschichtsschreibung mit einem multiperspektivischen Ansatz. Vielmehr ist es der Versuch, die russische Imperialgeschichte zu rechtfertigen und auf diese Weise den heutigen russländischen Vielvölkerstaat zu legitimieren. Die post-imperiale Attitude, die hinter diesem Konzept steht, offenbarte sich bei Putins wohl ungeplantem verbalem Ausbruch während seines Treffens mit der Arbeitsgruppe am 16. Januar 2014. Es sei, als ob jemand einem ins Gesicht spucken würde, erregte sich der Präsident, wenn einige Schulbücher die Expansion des sowjetischen Machtbereichs nach Osteuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs kritisch darstellen. Was wäre, fragte er, die Folge gewesen, wenn der »Faschismus« den Krieg gewonnen hätte? Doch Putins Argumentation verkennt, dass es gar nicht um diese Alternative geht. Denn nach dem Sieg hätte

Stalin fraglos die Möglichkeit gehabt, den Nationen Ostmittel- und Südosteuropas ihr Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren und sie nicht gewaltsam dem Sowjetimperium einzuverleiben. Die Ambivalenz bei der Betrachtung der Stalinzeit, die sich zunehmend in Russland durchsetzt und die einerseits aus dem berechtigten Stolz über den errungenen Sieg im Zweiten Weltkrieg, andererseits aber auch aus der Erinnerung an die stalinistischen Repressionen und an den Gulag besteht, umfasst bislang nicht die ebenfalls kritisch zu beurteilende sowjetische Imperialpolitik. Auch die Imperialpolitik des Zarenreichs wird nicht in Frage gestellt. Denn das ist ganz offensichtlich geschichtspolitisch unerwünscht.

Insgesamt hinterlässt daher das Konzept des einheitlichen Lehrbuchs für den Geschichtsunterricht einen zwiespältigen Eindruck. Die anfängliche Befürchtung, dass mit dem Schulbuch eine Rehabilitierung Stalins und des sowjetischen Systems verbunden sein würde, bestätigt sich nicht. Der formulierte Ansatz, eine multinationale, multikulturelle und multikonfessionelle Perspektive einzunehmen, gibt sich zwar modern und deutet einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der russischen Schulbuchgeschichtsschreibung an, doch zeigen sich bei der Umsetzung gerade in dieser Hinsicht deutliche Defizite. Das traditionelle national-russische Narrativ wird lediglich um einige Aspekte erweitert, bleibt aber bis auf Kompromisse und Modifizierungen bei einigen Formulierungen weitgehend unangetastet. Das Resultat ist ein post-imperiales Geschichtsbild, das dadurch vielmehr recht anschaulich auf geschichtspolitische Ebene die Ambitionen des russischen Präsidenten reflektiert.

Über den Autor:

Wolfram von Scheliha ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig. Zuletzt erschienen von ihm: Die List der geschichtspolitischen Vernunft. Der polnisch-russische Geschichtsdiskurs nach 1989. In: Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Hg. v. Etienne François, Robert Traba, Stefan Troebst und Kornelia Kończal. Göttingen 2013 (= Moderne europäische Geschichte; 3), S. 221–263 und zusammen mit Christian Lübke und Ilmira Miftakhova: Geschichte der Slavia Asiatica. Quellenkundliche Probleme. Leipzig 2013.

Lesetipps

- Meeting with Designers of a New Concept for a School Textbook on Russian History. January 16, 2014, 15:45. The Kremlin, Moscow. <<http://eng.kremlin.ru/news/6536>>
- Kaplan, Vera: History Teaching in Post-Soviet Russia. Coping with Antithetical Traditions, in: Ben Eklof, Larry E. Holmes and Vera Kaplan (Hg.): Educational Reform in Post-Soviet Russia. Legacy and Prospects, London 2005, S. 247–271.
- Shnirelman, Victor: Stigmatized by History or by Historians? The Peoples of Russia in School History Textbooks, in: History and Memory, 21.2009, H. 2, S. 110–149.
- Zvereva, Galina: Die Konstruktion einer Staatsnation. Geschichtslehrbücher für das neue Russland, in: Lars Karl, Igor J. Polianski (Hg.): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland (= Formen der Erinnerung; 40), Göttingen 2009, S. 87–118.

Vom »Vaterländischen Krieg 1812« zum »Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«

Siegesmythen als Fundament staatlicher Geschichtspolitik in der Sowjetunion, der Russländischen Föderation, der Ukraine und Belarus

Stefan Troebst, Leipzig

Zusammenfassung

Die Geschichtspolitik der Russländischen Föderation weist eine Konstante und etliche Variablen auf: Fest steht allein der »Sieg über den Faschismus« im »Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945« als Gründungsmythos des 1992 als Zerfallsprodukt der UdSSR entstandenen Konglomeratstaats. Weiterhin unklar hingegen ist, ob erinnerungskulturell künftig »Stalin« oder der »Entstalinisierung« der Vorzug gegeben werden soll. Der 2005 erfolgte Rückgriff auf den nur Wenigen präsenten patriotischen Erinnerungsort »1612« war ebenso erratisch wie der 2012 verstärkte Bezug auf den heroischen *lieu de mémoire* »1812« nahe liegend. Der selektive geschichtspolitische Bezug auf die Vergangenheiten von Sowjetunion, Zarenreich, Großfürstentum und Rus hält überdies das Spannungsverhältnis zwischen multiethnisch-russländischem Imperium und monoethnisch-russischem Nationalstaat aufrecht und hemmt damit den Prozess der Bildung einer *corporate identity* der Bürger der Russländischen Föderation.

Der »Vaterländische Krieg von 1812«

Die mediale, visuelle und repräsentationsmäßige Verwertung des russischen Sieges über Napoleon 1812 und seiner »Architekten«, der Generäle Alexander Suworow und Michail Kutusow, stellte eine Neuausrichtung in der Geschichtspolitik des Zarenreiches dar. Denn bis dahin waren die imperial propagierten Erinnerungsorte sämtlich religiös konnotiert, was auch und gerade für militärische Ereignisse galt: Die Schlacht auf dem Peipus-See 1242 gegen den Deutschen Orden oder der Sieg auf dem Schnepfenfeld über die Tataren 1380 wurden im Moskauer Staat wie im petrinischen Russland als Triumphe der Orthodoxie über Ketzer und Ungläubige kanonisiert, die Sieger Alexander Newskij und Dmitrij Donskoj als Heilige verehrt. Hinzu kam, dass beide als Vertreter russischer Staatsmacht agierten (des Großfürstentums Wladimir-Susdal der eine, des Großfürstentums Moskau der andere) und damit in eine Traditionslinie zu den späteren Zaren gestellt wurden.

Anderen siegreichen Befreiern »russischer Erde« wurde diese Qualität nicht beigemessen, so dass sie als Heroen höchstens zweiter Klasse eingestuft wurden. Dies galt etwa für das Aufgebot eines Volksheeres (russ.: »opoltschenije«) gegen die polnisch-litauische Besetzung Moskaus der Jahre 1610 bis 1612, in der sogenannten »Zeit der Wirren« (»Smuta«). Mit dem Sieg der Insurgenten wurde der Weg frei für die Krönung Michail Romanows 1613 zum Zaren durch seinen Vater, den Patriarchen Filaret. Die Dynastie Romanow, die bis 1917 herrschte, war damit begründet. Zwar war einer der Anführer der Aufständischen, Dmitrij Poscharskij, ein Fürst aus dem Haus der Rjurikiden, doch sein Part-

ner, der Kaufmann (oder Metzger?) Kusma Minin aus Nischnij Nowgorod war nichtadliger, überdies wohl auch nichtrussischer, mutmaßlich tatarischer Herkunft. Das 1818 auf dem Roten Platz in Moskau aufgestellte Minin-und-Poscharskij-Denkmal ging folglich nicht auf eine Initiative der Monarchie, sondern auf die der Bürger Nischnij Nowgorods zurück. Und seine Errichtung wäre ohne die im Zuge des Sieges von 1812 erfolgte Wende in der Geschichtspolitik, die nun auf Reichspatriotismus und Russentum und nicht mehr auf Orthodoxie und Dynastie ausgerichtet war, nicht möglich gewesen. Überdies waren am Sieg über Napoleon nicht zuletzt ethnisch russische Freischärler beteiligt, die wie exakt 200 Jahre zuvor unter der Bezeichnung »opoltschenije« (»Landwehr«) firmierten und deren Zahl auf nicht weniger als 400.000 (bei einer nur geringfügig höheren Zahl regulärer zarischer Truppen) geschätzt wird.

Allerdings bestand Zar Aleksandr I. darauf, den in der Folgezeit als »Vaterländischen Krieg« bezeichneten Waffengang gegen Frankreich und seine Verbündeten religiös einzubinden. In seinem Manifest »über die Erstattung der Dankbarkeit an Gott den Herrn für die Befreiung Russlands vom feindlichen Angriff« vom 25. Dezember 1812 (a. St.) dekretierte er:

»Von nun an soll der 25. Dezember, der Tag der Geburt Christi, im kirchlichen Kontext auch der Tag der Dankbarkeitsfeier sein – unter der Bezeichnung: Geburt unseres Erlösers Jesus Christus sowie Erinnerung an die Errettung der Kirche und des Russländischen Staates vor dem Angriff der Gallier mit ihren zwölf Heeren.« (Polnoe sobranie Sazonow Rossijskoj Imperii, SPb, 1830, t. 32, S. 486–487). Der Sieg über Napoleon 1812 ist seit-

dem ein zentraler staatlicher Erinnerungsort, wie nicht zuletzt die aufwändigen Feiern zum 100. Jubiläum 1912 im Zarenreich, 1962 zum 150. in der Sowjetunion und 2012 zum 200. in der Russländischen Föderation belegen, die jeweils mit Medienkampagnen, Publikationsoffensiven sowie (parti-)politischen und militärischen Inszenierungen unter dem Rubrum »Vaterländischer Krieg« einhergingen.

...und der »Große Vaterländische Krieg«

Die bereits am Tag nach dem Angriff NS-Deutschlands auf die Sowjetunion in einer in der Parteizeitung »Pravda« veröffentlichten Rede getroffene Sprachregelung vom »Großen Vaterländischen Krieg« (»Velikaja Otechestvennaja Wojna«) war in mehrfacher Hinsicht ein Geniestreich von Stalins Chefpropagandisten Jemeljan Jaroslawskij. Jaroslawskij, damals Vorsitzender der »Gesellschaft der Gottlosen«, also des sowjetischen Atheistenverbandes, knüpfte damit zum einen an den »Vaterländischen Krieg« gegen Napoleon an, stellte aber zum anderen durch das Adjektiv »welikaja« implizit die Sowjetunion über das Zarenreich und damit Stalin über Alexander I. Unterschwellig unterstrich er damit den russischen Charakter der Sowjetunion und gab zugleich den Startschuss zur Propagierung des neuen Konzepts eines »Sowjetpatriotismus«, der bald durch eine »allslawische« Komponente sowie durch eine propagandistische Instrumentalisierung der zuvor repressierten Russischen Orthodoxen Kirche ergänzt wurde. In Stalins berühmter Rede am 7. November 1941 zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution vor Soldaten der Roten Armee auf dem Roten Platz in Moskau hörte sich die neue Linie wie folgt an: »Möge Euch in diesem Krieg das heldenmütige Vorbild eurer großen Vorfahren beseeelen – das Vorbild Alexander Newskijs, Dmitrij Donskojs, Kusma Minins, Dmitrij Poscharskijs, Alexander Suworows, Michail Kutusows. Möge Euch das siegreiche Banner des großen Lenin Kraft verleihen!« (Stalin, I.: Rede bei der Parade der Roten Armee am 7.11.1941 auf dem Roten Platz in Moskau, in: Stalin, I.: O Welikoj Otechestvennoj Wojne Sowetskogo Sojusa. Moskau 1943, S. 34–37, hier S. 37). Die Kontinuitätslinie von 1242 und 1380 über 1612 und 1812 zu 1917 und 1941 war damit gezogen.

Was Jaroslawskij bei seiner Prägung der Formel vom »Großen Vaterländischen Krieg« Ende Juni 1941 nicht ahnen konnte, war der Umstand, dass das zweite Adjektiv »vaterländisch« – und nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, »sowjetisch« – den russländischen, ukrainischen und belarussischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion die reibungslose Weiternutzung der sowjetischen Formel vom »Großen Vaterländischen Krieg« auch in post-kommunistischer Zeit ermöglichen würde. Zwar

war mit »Vaterland« ursprünglich die UdSSR gemeint, aber da diese eben nicht beim Namen genannt wurde, konnte nach 1991 problemlos ein »Vaterlandstransfer« zum neuen Russland und sogar zur neuen Ukraine und zum neuen Belarus hergestellt werden. Und die seit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. bzw. 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst dem dreiteiligen Standardbegriff angehängten Jahreszahlen »1941–1945« ermöglichten es der Russländischen Föderation, der Ukraine und Belarus wie zur Zeit der Sowjetunion die Ausblendung der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs vom 1. September 1939 bis zum 22. Juni 1941. In das jetzt auch russländische Narrativ vom heldenhaften Kampf der Völker der Sowjetunion gegen den nationalsozialistischen »Drang nach Osten« mussten folglich der Hitler-Stalin- bzw. Molotow-Ribbentrop-Pakt samt Geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung Ostmitteleuropas, der Einmarsch der Roten Armee in Polen, der Deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag, die zwischen Berlin und Moskau koordinierte deutsch-sowjetische Okkupation Polens samt Kooperation von Wehrmacht und Roter Armee sowie Gestapo und NKWD, die gewaltsame Einverleibung Estlands, Lettlands, Litauens, Ostpolens, der Bukovina und Besarabiens in die UdSSR, die Lieferung kriegswichtiger Rohstoffe aus der Sowjetunion ins »Dritte Reich« und andere sperriger Tatbestände nicht eingepasst werden. In der Geschichtspolitik der Ukraine hingegen wurde vor allem unter dem Präsidenten Leonid Kutschma für die Annexion Südpolens durch die UdSSR bei Angliederung an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik im Herbst 1939 der Terminus »Goldener September« geprägt. Und unter dem belarussischen Präsidenten Lukaschenka wurde ernsthaft erwogen, den 17. September, an dem 1939 die Rote Armee in Polen einfiel, zum staatlichen Feiertag »der Wiedervereinigung der belarussischen Lande« zu proklamieren. Gemeint war natürlich der gewaltsame Anschluss Nordost-Polens an die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik.

Russländische Erinnerung

Geschichtspolitik in Zarenreich, Sowjetunion und Russländischer Föderation gleicht der Echternacher Springprozession: Nach jedem Regimewandel – und dazu rechne ich auch die innersowjetischen Brüche von 1929, 1953 und 1985 – wurden zuvor ausrangierte Erinnerungsorte reaktiviert sowie bisher gültige abgeschaltet. Frithjof Benjamin Schenk hat in seinem fulminanten Buch über Alexander Newskij als »Erinnerungsfigur im russischen kulturellen Gedächtnis« die »Entthronung« dieses Nationalhelden durch die Bolschewiki sowie seine umgehende »Rehabilitierung« durch Stalin beschrieben, und Jutta Scherrer hat ihre 2005 vorgenommene und

mit »Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung« überschriebene Analyse sowjetischer wie post-sowjetischer Geschichtspolitik mit folgendem skeptischem Fazit beendet: »Rußland [*gemeint ist die heutige Russländische Föderation* – S. T.] hat sich in erstaunlich kurzer Zeit von dem Mythos der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« befreit. Wird es sich jemals von dem Mythos des Großen Vaterländischen Krieges, der heroischen Heldentat des Siegs befreien können oder wollen?« (Scherer: Sowjetunion/Rußland..., S. 655 – s. die Lesetipps).

Aus heutiger Sicht muss die Antwort lauten: weder noch. Der Sieg über Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg ist *der* Gründungsmythos des Putinschen Russland und wird es auf absehbare Zeit hinaus auch bleiben. Dafür sprechen mindestens drei gewichtige Gründe:

- Ein Alternativmythos ist nicht in Sicht. Die Entstalinisierungspolitik Chruschtschows, die bezüglich Lebensstandard und Konsum »goldenen«, politisch und kulturell aber verlorenen Jahre unter Breschnew, die halbherzige Perestrojka unter Gorbatschow die Gründung der Russländischen Föderation durch Jelzin oder die abgewehrten Putschversuche gegen die beiden Letztgenannten taugen sind sowohl aus der Sicht der »Vertikale der Macht« als auch aus Sicht der Bevölkerungsmehrheit dafür nicht tauglich.
- Die Stalinsche Formel von der »Befreiung der Völker Europas vom Faschismus« 1945 durch die Rote Armee festigt den imperialen wie globalen Machtanspruch von Putins Russland. So gering das internationale Prestige der Russländischen Föderation auch ist, so unbestritten ist selbst im Westen der sowjetische Beitrag zum gemeinsamen Sieg über Hitler. Indirekter Beleg hierfür ist etwa die Proklamation des 27. Januar zum internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust, denn an diesem Tag befreiten 1945 Sowjettruppen das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.
- Die Traditionslinie vom »Vaterländischen Krieg 1812« zum »Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945« wirkt als »allrussische« Kontinuitätsbrücke sowohl zum zarischen Russland als auch zum neuen Russland, denn sowohl Jelzin wie Putin haben den »Sieg über den Faschismus« zum Gründungsmythos der Russländischen Föderation stilisiert. Die Sowjetperiode und mit ihr Stalin als »Führer« (*»woschd«*) sind damit in die russländische Meistererzählung und in das amtlicherseits propagierte Geschichtsbild integriert.

All dies heißt aber nicht, dass der umgangssprachlich mit »WOW« abgekürzte *lieu de mémoire* »Großer Vaterländischer Krieg« (*»Welikaja Otetschestwennaja Wojna«*) auf einem gesellschaftlichen Konsens basiert, im Gegenteil:

Die innerrussländischen geschichtspolitischen Debatten der letzten Jahre kreisten um eben dieses Thema. Die rudimentäre Zivilgesellschaft hat ihren fundamentalen Dissens zur staatlichen Geschichtspolitik in die Formel »pobeda bes Stalina« gefasst – »Sieg *ohne* Stalin«. Der Sieg ist zu feiern, so diese Sichtweise, aber nicht der Diktator. Nach der Abwicklung des Medwedewschen Konzepts einer »zweiten Entstalinisierung« lautet die aktuelle Sprachregelung des Kreml wie folgt: Ja, Stalin war ein Mensch mit gewissen Schwächen und Defiziten, die indes durch seine politischen wie militärischen Leistungen im Kampf gegen den Faschismus mehr als aufgewogen werden. Jutta Scherrers Skepsis ist daher auch zehn Jahre später vollauf berechtigt.

Putins Geschichtspolitik

Dennoch ist die Putinsche Geschichtspolitik weniger starr als es auf den ersten Blick scheinen mag. Auf Initiative des Kreml wurde 2005 der von Jelzin in »Tag der Eintracht und Versöhnung« umbenannte sowjetische Staatsfeiertag am 7. November, damals der »Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, abgeschafft und durch einen neuen, zeitlich nahe gelegenen Feiertag am 4. November ersetzt. Dieser neue »Tag der nationalen Einheit« rekurriert auf das Jahr 1612, als das besagte Volksaufgebot unter Minin und Poscharskij in der »Zeit der Wirren« von Nischnij Nowgorod nach Moskau zog und die polnischen Besatzer aus der Hauptstadt vertrieb.

Die Konstanzer Historikerin Isabelle de Keghel hat 2009 in einem Band über »Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland« eine eindringliche Analyse der zahlreichen Konnotationen zivilgesellschaftlicher, EU-feindlicher, multiethnischer, nationalistisch-rechtsextremer, sozialkohäsiver und anderer Art dieses neuen russländischen Staatsfeiertages geliefert. Der machtpolitische Kern ihrer Untersuchung zur beabsichtigten und tatsächlichen Wirkung des neuen »Tags der nationalen Einheit« lautet: »In den Vergangenheitsdiskurs der Transformationszeit schrieb sich dieser Vorschlag insofern gut ein, als die »Zeit der Wirren« dort ein Schlüsselbegriff gewesen war. Häufig war dieser Terminus, der [...] zur Bezeichnung einer historischen Entwicklungsphase im frühen 17. Jahrhundert diente, auch zur Beschreibung der Umbruchsituation im Russland der Transformationszeit benutzt worden. Diese Periode raschen und verunsichernden Wandels sollte nun offiziell für beendet erklärt werden.« Und weiter: »Der neue Feiertag transportierte also zugleich die Aussage, Putin habe das Chaos der Ära [Jelzin] beseitigt und Russland konsolidiert. Implizit wurde dabei eine Analogie zwischen dem ersten Romanow und Präsident Putin hergestellt: So wie das Land [1613] mit der

Inthronisierung von [Michail Romanow] erstmals nach der »Zeit der Wirren« wieder einen starken Herrscher bekam, ging Putin nun in seinem Selbstverständnis gegen Anarchie und Regionalismus vor, indem er die »Machtvertikale« und einen starken Staat forcierte« (de Keghel: Verordneter Abschied von der revolutionären Tradition..., S. 124f. – s. die Lesetipps).

Der siegreiche Widerstand gegen ausländische Militärinterventionen ist gemeinsamer Nenner zarischer, sowjetischer und russländischer Geschichtspolitik. Gemäß sowjetischer Tradition ist dabei auch in post-sowjetischer Zeit der »Tag des Sieges« am 9. Mai als Apotheose des »Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945« zentraler Fluchtpunkt, der wiederum in direkter historischer wie terminologischer Traditionslinie

zum »Vaterländischen Krieg 1812« steht. Eine Putin-sche Innovation ist die Proklamierung des 4. November zum »Tag der nationalen Einheit«, mit dem der Vertreibung der polnisch-litauischen Interventen 1612 gedacht wird. Eine weitere, zu zarischen wie sowjetischen Zeiten aus unterschiedlichen Gründen nur halbherzig gefeierte erfolgreiche militärische Beendigung einer feindlichen Intervention ist damit geschichtspolitisch beträchtlich aufgewertet. Stützpfeiler des auf einem Unbesiegbarkheitsmythos beruhenden neuen russländische Gedenkanons ist somit neben 1812 und 1945 jetzt auch das Jahr 1612, während das Revolutionsjahr 1917 nicht mehr und 2000, das Jahr des Beginns der ersten Präsidentschaft Wladimir Putins, noch nicht in dieser Reihe steht.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Troebst (*1955), Historiker und Slavist, ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) ebendort.

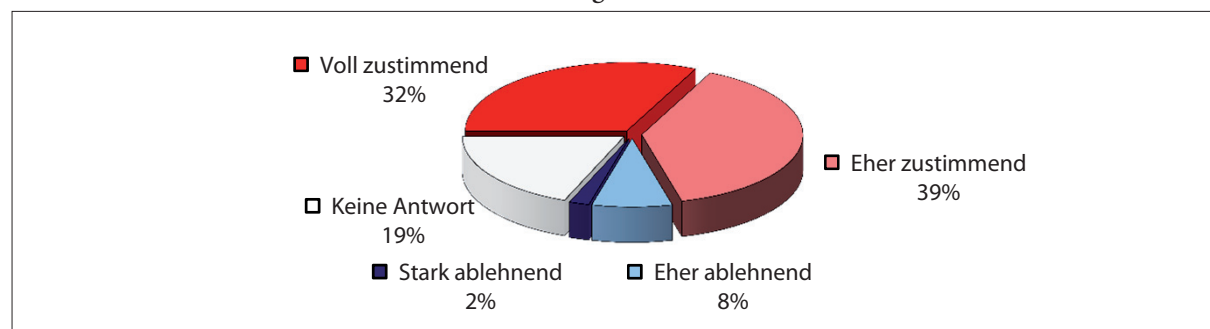
Lesetipps

- Schenk, Frithjof Benjamin: Aleksandr Nevskij. Heiliger – Fürst – Nationalheld. Eine Erinnerungsfigur im russischen kulturellen Gedächtnis (1263–2000) Köln, Weimar, Wien 2004, S. 226–287.
- Scherrer, Jutta: Sowjetunion/Rußland: Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung, in: Monika Flacke (Hg.): Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen. . Bd. II, Mainz 2004, S. 619–670.
- Kegel, Isabelle de: Verordneter Abschied von der revolutionären Tradition: Der »Tag der nationalen Einheit« in der Russländischen Föderation, in: Lars Karl, Igor J. Polianski (Hg.): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland. Göttingen 2009, S. 119–140.

UMFRAGE

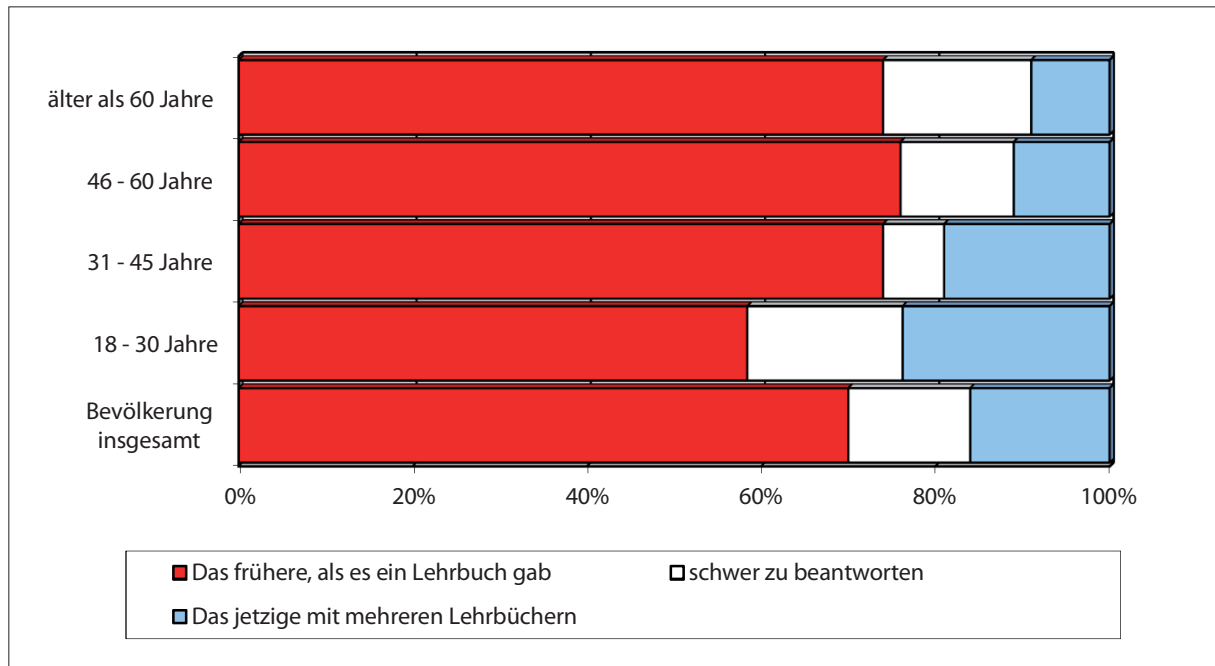
Geschichte und Geschichtsbuch

Grafik 1: Was halten Sie von der Idee der Schaffung eines einheitlichen Geschichtslehrbuchs für die Schule?



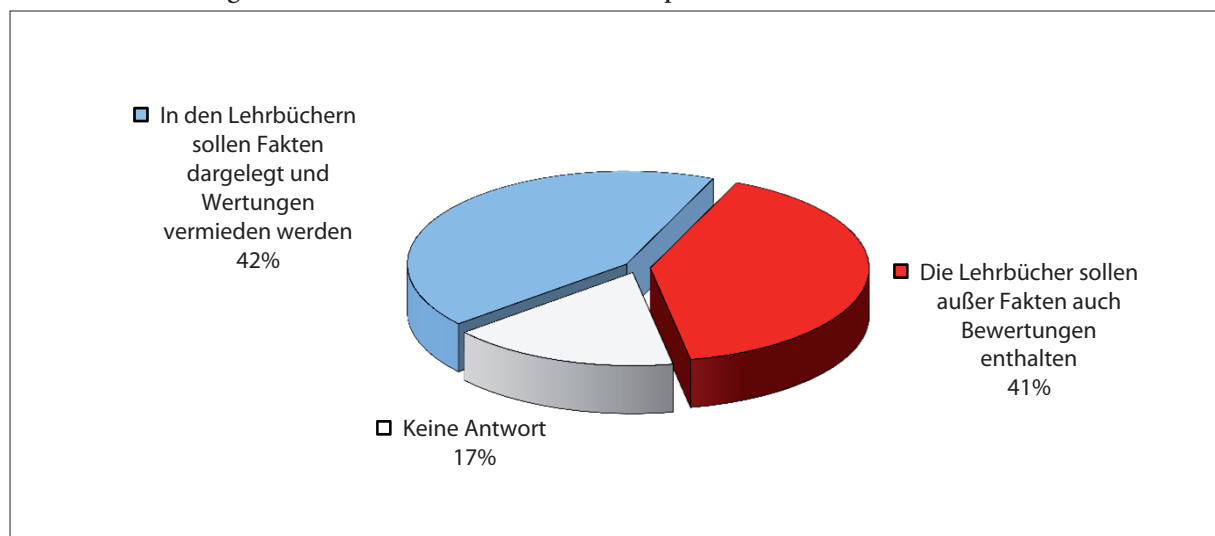
Quelle: Umfragen der Lewada-Stiftung vom 23.–27.05.2013, N = 1601. Veröffentlicht am 21.06.2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/21-06-2013/rossiyane-o-shkole-i-edinom-uchebnike-istorii>>

Grafik 2: In der Sowjetunion gab es für jede historische Periode ein einziges Schulbuch. Jetzt gibt es nicht ein, sondern mehrere Schulbücher. Was denken Sie, welches Prinzip ist richtiger: das frühere oder das jetzige?



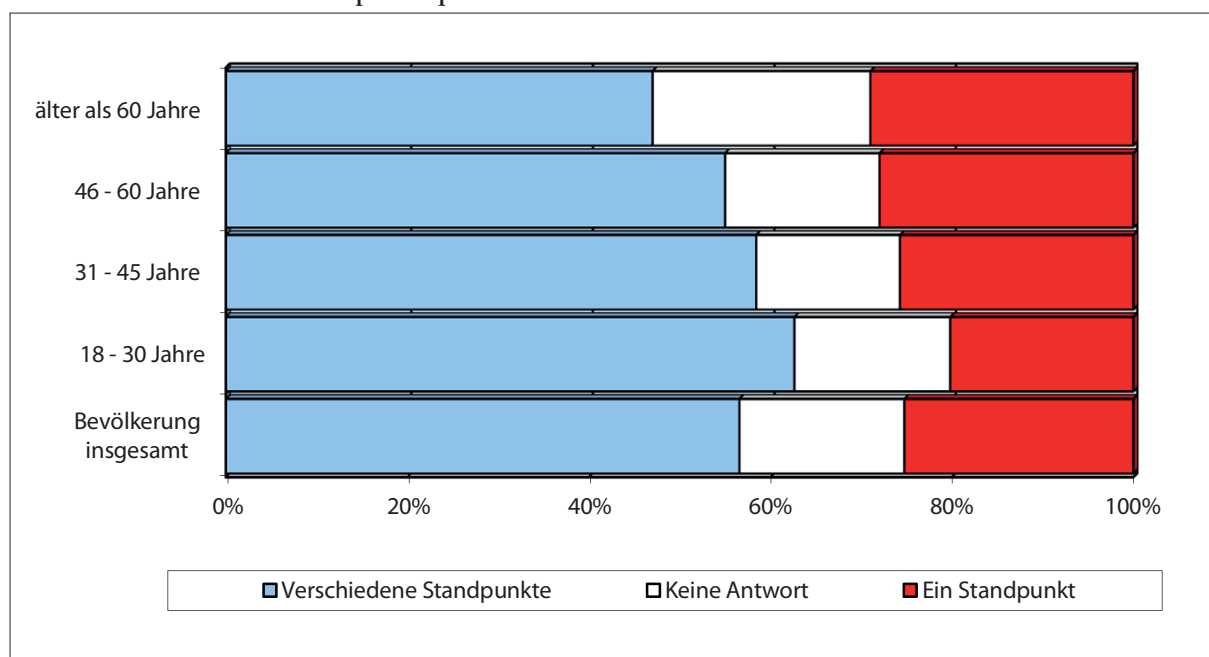
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 01.–02.06.2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27.09.2013 unter: <http://fom.ru/Obrazovanie-i-nauka/11095>

Grafik 3: Manche sagen, dass in Schulbüchern zur Geschichte Fakten dargelegt und Wertungen vermieden werden sollen. Andere sagen wiederum, dass die Schulbücher zur Geschichte außer Fakten auch Bewertungen enthalten sollen. Mit welchem Standpunkt stimmen Sie überein?



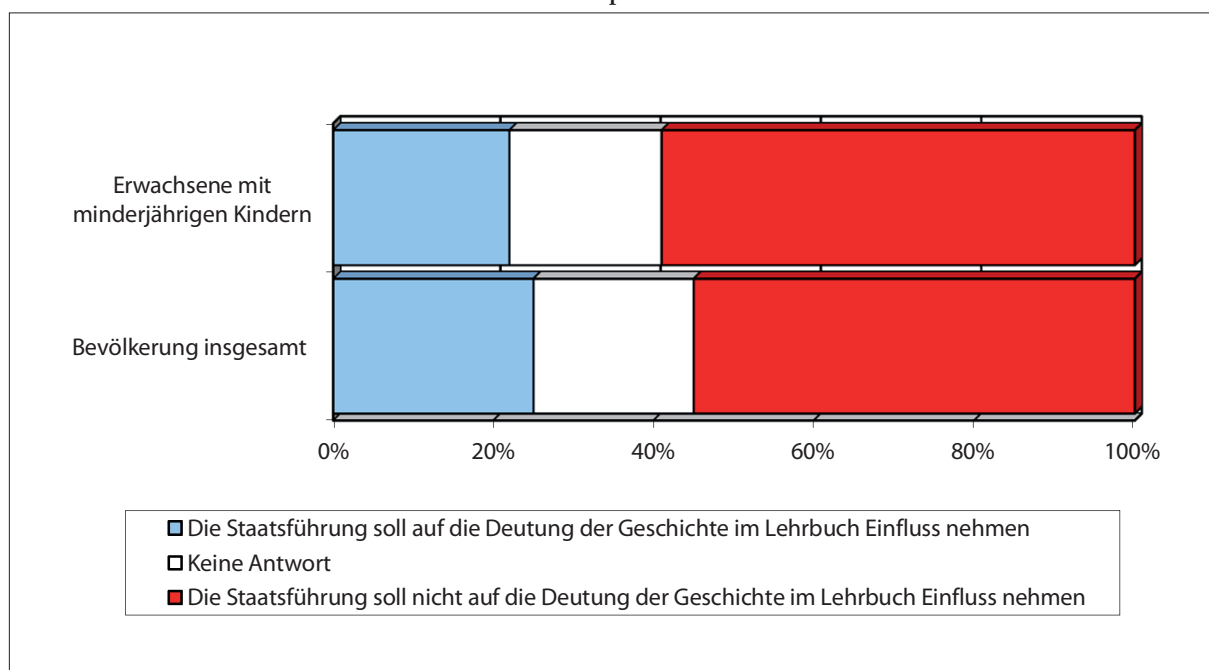
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 01.–02.06.2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27.09.2013 unter: <http://fom.ru/Obrazovanie-i-nauka/11095>

Grafik 4: Zu einer Reihe von historischen Ereignissen und Akteuren gibt es verschiedene und manchmal auch gegensätzliche Meinungen und Standpunkte. Was denken Sie, sollen in einem Geschichtsschulbuch verschiedene Standpunkte präsentiert werden oder nur einer?



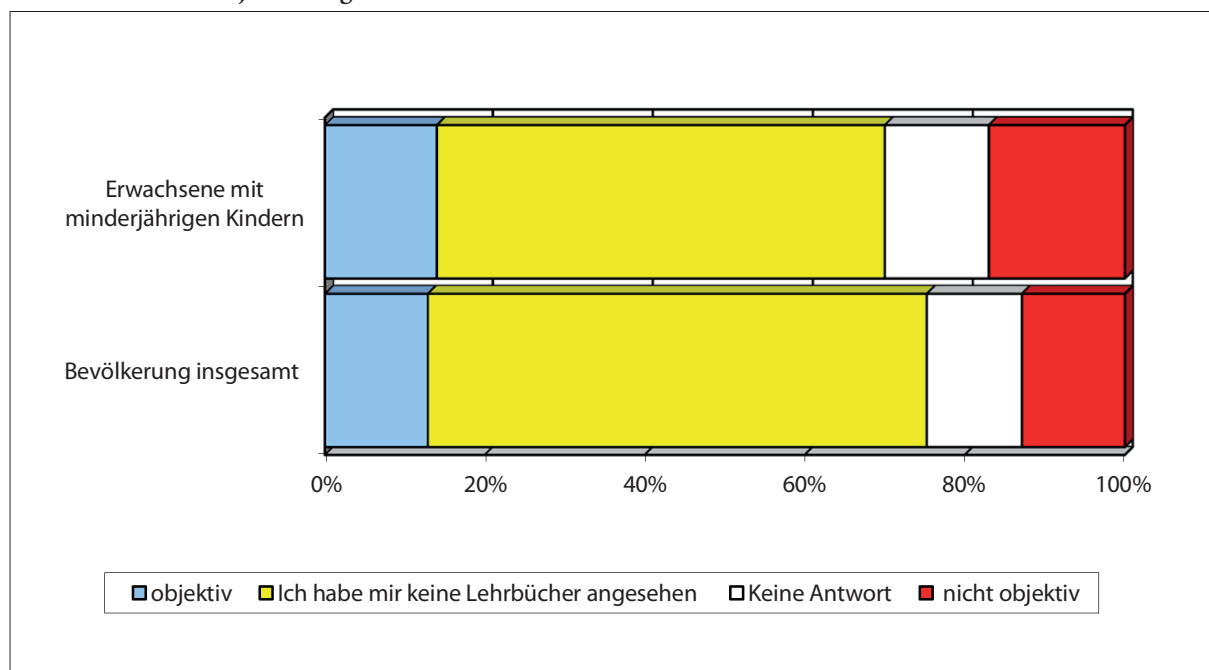
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 01.–02.06.2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27.09.2013 unter: <http://fom.ru/Obrazovanie-i-nauka/11095>

Grafik 5: Manche meinen, dass die Staatsführung auf die Bewertung und Deutung der historischen Fakten und Akteure im Geschichtsbuch Einfluss nehmen soll. Andere meinen, dass die Staatsführung dies nicht beeinflussen soll. Mit welchem Standpunkt stimmen Sie überein?



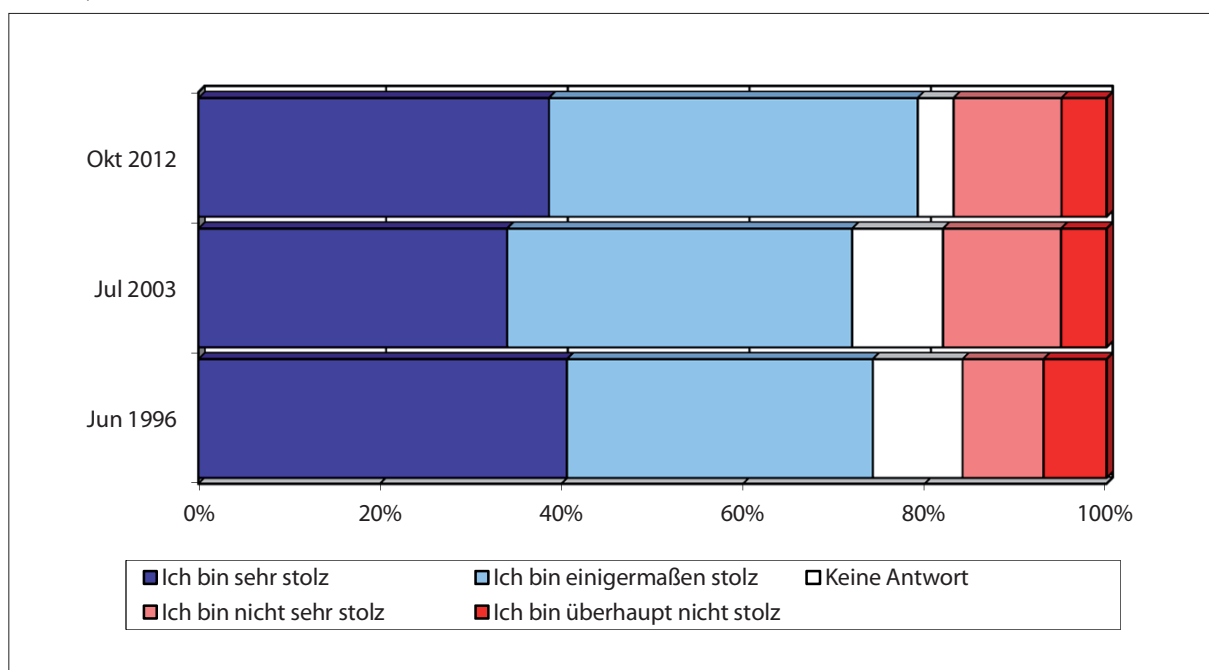
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 01.–02.06.2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27.09.2013 unter: <http://fom.ru/Obrazovanie-i-nauka/11095>

Grafik 6: Als Sie sich moderne russische Geschichtslehrbücher angesehen haben, sind diese Ihnen objektiv oder nicht objektiv vorgekommen?



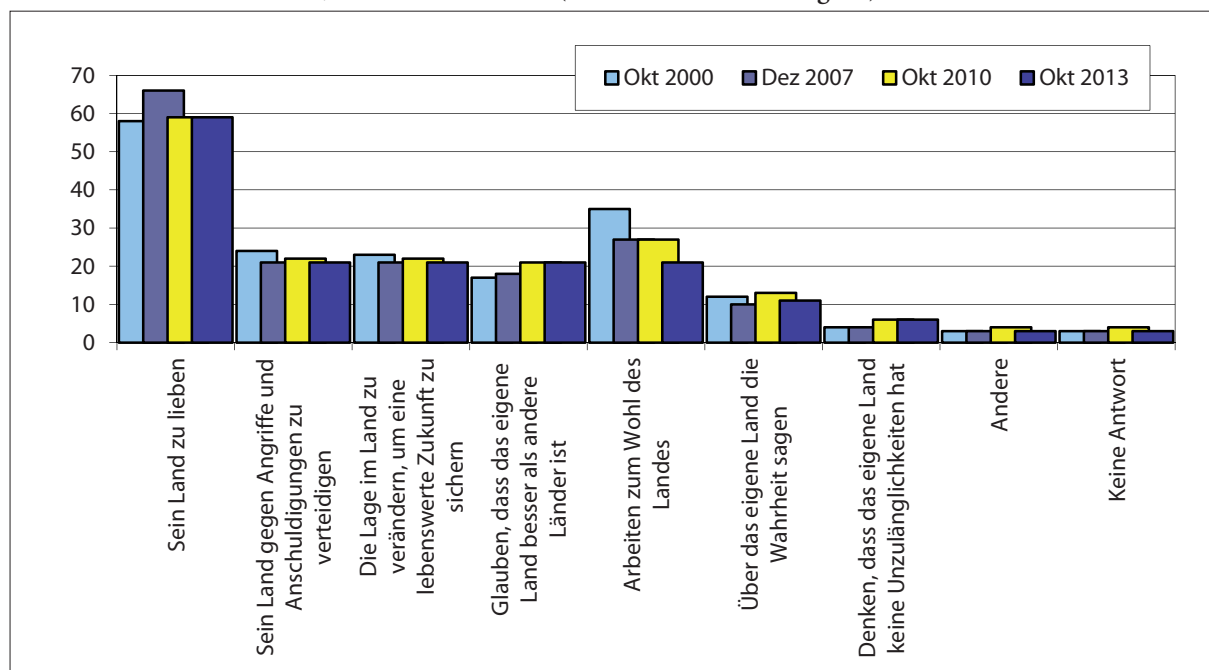
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 01.–02.06.2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27.09.2013 unter: <http://fom.ru/Obrazovanie-i-nauka/11095>

Grafik 7: Inwieweit sind Sie auf die russische Geschichte stolz?



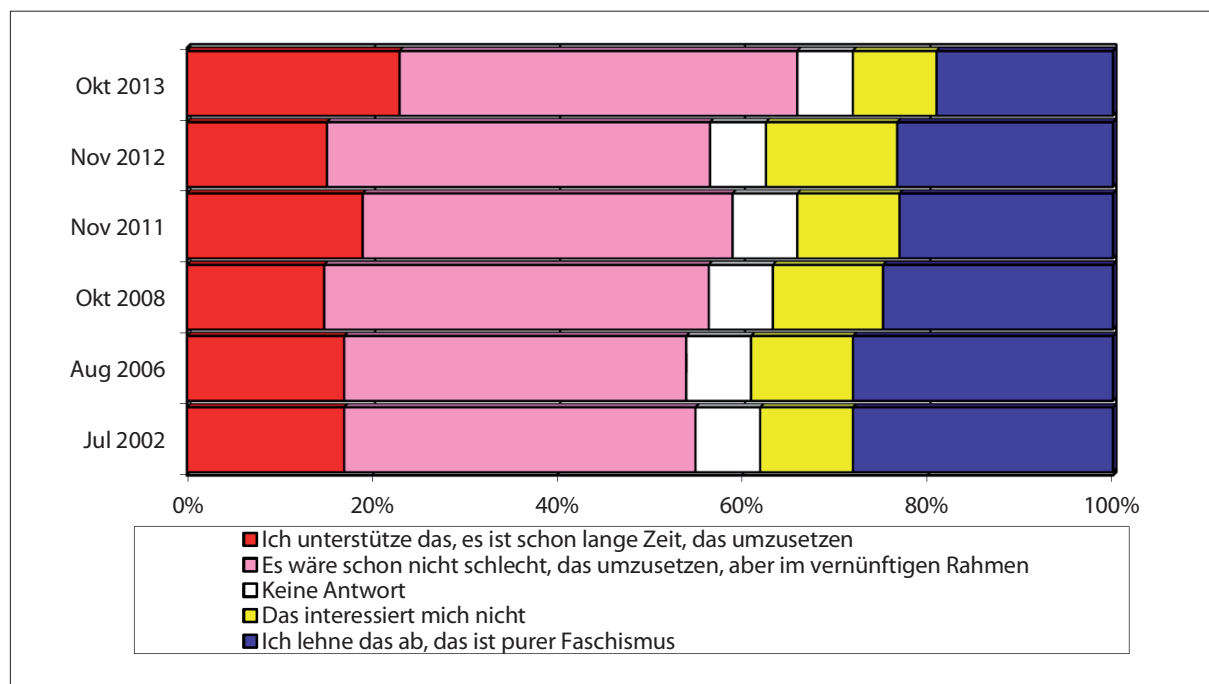
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 01.–19.10.2012, N = 1500. Veröffentlicht am 21.11.2012 unter: <http://www.levada.ru/print/21-11-2012/76-naseleniya-gordyatsya-rossiiskim-grazhdanstvom-kazhdomu-vtoromu-za-stranustydno>

Grafik 8: Was bedeutet es, »ein Patriot zu sein« (mehrere Antworten möglich)



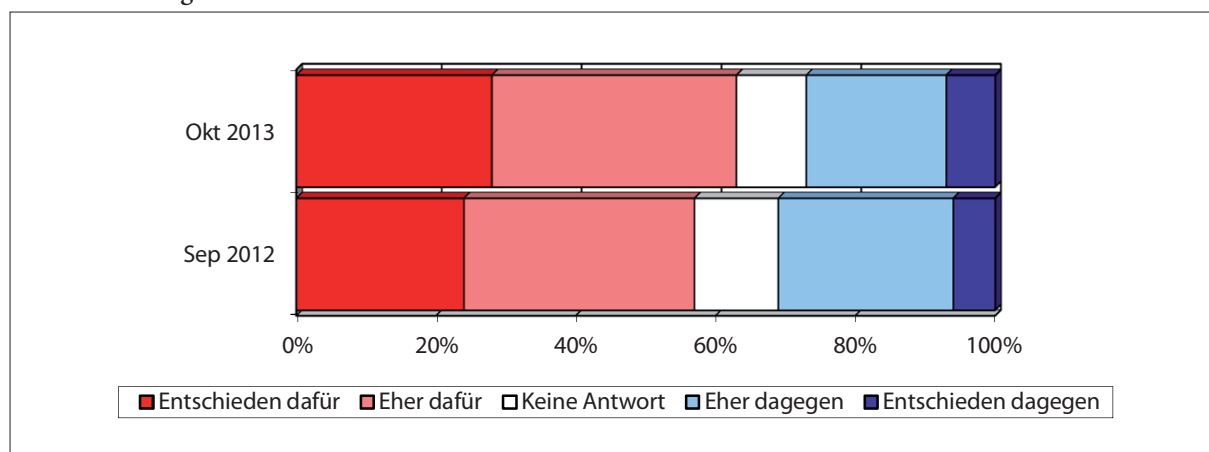
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–26.10.2013, N = 1603. Veröffentlicht am 19.11.2013 unter: <http://www.levada.ru/print/19-11-2013/patriotizm-v-predstavleniyakh-rossiyan>

Grafik 9: Was halten Sie von der Idee »Russland den Russen«?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28.10.2013, N = 1603. Veröffentlicht am 05.11.2013 unter: <http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>

Grafik 10: Wären Sie dafür, den dauerhaften oder berufsbedingten Zuzug in Ihre Stadt/Region aus anderen Regionen Russlands zu beschränken?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28.10.2013, N = 1603. Veröffentlicht am 05.11.2013 unter: <http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>

AUS RUSSISCHEN BLOGS

»Regen« und Zensurhagel

Der unabhängige Fernsehsender »Doschd« (»Regen«) steht wegen einer Umfrage zur Leningrader Blockade vor dem Aus

Entwicklung des Konflikts über die Umfrage zur Leningrader Blockade

Der unabhängige russische Fernsehkanal »Doschd« (dt.: »Regen«) ist innerhalb von zwei Wochen von den meisten Kabelnetzwerken Russlands abgeschaltet worden. Der Kreml-kritische TV-Sender veranstaltete am 26. Januar 2014 eine Talk-Show anlässlich des 70. Jahrestages des Endes der Leningrader Blockade und sorgte mit der umstrittenen Frage auf seiner Internet-Seite, ob man nicht lieber die Stadt hätte aufgeben sollen, um Hunderttausende Leben zu retten, für Aufruhr. Schon zwölf Minuten nach der Veröffentlichung nahm der Chefredakteur der Internet-Seite die Umfrage aus dem Netz und entschuldigte sich für die unglückliche Formulierung.

Der Skandal entwickelte sich allerdings weiter. Den Angaben des Kanal-Besitzers zufolge wurde Wladimir Putin über den Vorfall informiert, als er an der Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Blockade in Sankt Petersburg teilnahm. An den folgenden Tagen stellten die größten Kabel-Unternehmen eines nach dem anderen die Einspeisung von »Doschd« ein. Seit zwei Wochen organisiert der kremlnahe Jugendverband »Molodaja Gwardija Jedinoj Rossii« (»Junge Garde des Einigen Russland«) Mahnwachen und Straßenaktionen mit der Forderung »Doschd« zu schließen. Der Hashtag »brauner Doschd« wurde durch Internet-Bots via Twitter rasch verbreitet. An einem Tag schlich sich ein als Rotarmist gekleidetes Mitglied der *Jungen Garde* heimlich ins Redaktionsgebäude und hisste auf dem Dach eine sowjetische Fahne. Laut Geschäftsführung wurde die politische Entscheidung zur Schließung des Kanals in der Präsidialadministration getroffen.

»NaschistengegenDoschd«, aus dem Yopolis-Blog, 4. Februar 2014 <<http://www.echo.msk.ru/blog/yopolisnews/1251920-echo/>>

»Historisches Dokument aus dem Schulprogramm«

Die kremltreue Internet-Propagandistin Kristina Potuputschik hat den Skandal um die Frage zur Leningrader Blockade aufgegriffen und dem liberalen Fernsehsender »Doschd« Inkompetenz vorgeworfen. Die Bloggerin kritisiert »Doschd« nicht nur für unmoralisches Verhalten, sondern in erster Linie für mangelndes Fachwissen über die Kriegsgeschichte:

»Denn Leningrad konnte man nicht »übergeben«. Niemand hätte die Übergabe angenommen. Die Deutschen wollten die Stadt komplett zerstören und alle Einwohner liquidieren. Über eine hypothetische Übergabe zu sprechen, die angeblich Tausende Menschenleben hätte retten können, ist nicht pöbelhaft oder sittenwidrig. Es zeigt schlicht absolute Inkompetenz hinsichtlich der Geschichte des eigenen Landes.«

»Fünfschreiber« von Kristina Potupchik, 28. Januar 2014 <<http://krispotupchik.livejournal.com/563153.html>>

Kinder und Krieg im schmutzigen politischen Werkzeugkasten

Die russische Öffentlichkeit ist zwar bezüglich der Formulierung der Frage zu diesem sensiblen Kapitel des Zweiten Weltkrieges gespalten, hält aber dennoch den massenhaften Boykott durch die Kabelnetzbetreiber und die Abschaltung des Fernsehsenders »Doschd« für einen unzulässigen Verstoß gegen das Recht freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit. Der Kommunalpolitiker Maxim Katz empört sich über die Tatsache, dass das Thema Krieg von der Regierung erneut für politische Zwecke instrumentalisiert wird: »Seit zwei Jahren beobachte ich kommunale und föderale Gauner und bin zur Auffassung gekommen: Wenn mal eine absolut schmutzige, stinkende, niederträchtige, irrwitzige Schweinerei aufkommt, die sie unternehmen wollen, dann greifen sie zu einem der zwei wichtigsten Trümpfe, nämlich dem Kinderschutz oder dem Gedenken an den Zweiten Weltkrieg. Der Hinweis auf eines dieser beiden Themen bedeutet fast immer, dass sich dahinter ein schmutziges Manöver verbirgt. [Das ist] Ein todsicheres politisches Instrument, das stets zur Hand ist.«

»Über Doschd« von Max Katz, 31. Januar 2014 <<http://maxkatz.livejournal.com/225874.html>>

Schneesturm um den Sender »Regen«

Die Ereignisse um den Fernsehsender Doschd (»Regen«) zeigen die Heuchelei russischer Politik. Auf der einen Seite drohe dem Fernsehkanal nach einer ungeschickt gestellten Frage die Auflösung. Auf der anderen blieben andere, weit aus anrühigere Äußerungen loyaler Journalisten ohne Beachtung. Irina Prochorowa, Kulturhistorikerin und Schwester des Milliardärs und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Michail Prochorow, verweist auf das Ambivalente der Staatsideologen: »Nazistische Einlassungen von Uljana Skojbeda und Wladimir Schirinowski sowie Goebbels-Zitate in der Nachrichtensendung »Westi« verletzen die patriotischen Gefühle der »Anwälte moralischer Reinheit« in keiner Weise. Worum geht es also? Darum, dass »Doschd« den Stempel »oppositionell« und »liberal« trägt, was in letzter Zeit nahezu zum Synonym von »unzuverlässig« geworden ist? Oder soll diese Attacke etwa den Anfang des Wahlkampfes für die Moskauer Stadt-Duma verkünden? Oder sind sich die Träger totalitärer Weltanschauung, die in die Machtstrukturen eingedrungen sind, nicht im Klaren, welche Werte sie predigen?«

»Schneesturm um den Sender »Regen« von Irina Prochorowa, 30. Januar 2014 <<https://www.facebook.com/irina.prokhorova.96/posts/10200436978247581>>

Zum Schutz der Geschichtsmatrix: Das Anti-Nazi-Gesetz (Jarowaja-Gesetz)

Genauso wie die Gefühle der Gläubigen steht die unantastbare Geschichtsmatrix unter dem Schutz des Regimes. Der Vorfall mit der Umfrage zur Leningrader Blockade bei dem Fernsehsender »Doschd« hat neue Debatten über das sogenannte »Jarowaja-Gesetz« ausgelöst aus. Die Gesetzesinitiative wurde nach der Duma-Abgeordneten von der Regierungspartei »Einiges Russland« Irina Jarowaja benannt, die bereits seit Sommer 2013 für ein Verbot der Rehabilitierung der Nazi-Ideologie plädierte. Der Gesetzentwurf stellt allerdings neben der »Leugnung von durch den Internationalen Militärgerichtshof in einem Urteil festgestellten Fakten oder die Gutheißung von in einem solchen Urteil festgestellten Verbrechen« auch »die Verbreitung von wissentlich falschen Angaben über die Tätigkeit der UdSSR während des Zweiten Weltkrieges« unter Strafe. Der Publizist Leonid Storch stellt in seinem umfassenden Beitrag sarkastisch die Mechanismen des russischen politischen Establishments zum Schutz der (offiziellen) Geschichtsmatrix vor »Revisio-nisten« dar. Storch betont: »Nicht zufällig wurde die Lobby-Arbeit zum »Jarowaja-Gesetz« als Reaktion auf die unverschämte antisowjetische Aktion von »Doschd« unverzüglich wiederbelebt. In der angebotenen zynischen Frage gab es weder »Leugnung von Tatsachen, die von Tribunalen festgestellt wurden«, noch »Billigung der Verbrechen« noch »Verbreitung falscher Angaben über die Tätigkeit der UdSSR«. Allerdings wurde, wie bereits erwähnt, der viel böswilligere Versuch unternommen, Menschen zum Nachdenken und zur Äußerung der eigenen Gedanken zu bringen. Um den Staat vor solchen Versuchen zu schützen, wurde eben dieses weise »Jarowaja-Gesetz« vorgelegt.«

»Matrix der vaterländischen Geschichte in Gefahr« von Leonid Storch, 2. Februar 2014 <<http://www.echo.msk.ru/blog/kritikator/1250446-echo/>>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)

Putins Sotschi: vom Erschaffen, vom Pech und den Chancen für einen guten Ausgang

Jens Siegert, Moskau

Irgendwie hat Wladimir Putin schlicht Pech gehabt. Woher hätte er auch 2007, vor allen Finanz- und sonstigen Krisen, wissen sollen, dass er sich 2012/2013 um seine Macht in Russland sorgen muss? Dass er zur Machtsicherung den Weg einer Re-Ideologisierung der russischen Innenpolitik wählen würde (zu wählen gezwungen sein würde). Dass seine gut geölte Gesetzserfindungsmaschine ein repressives Gesetz nach dem anderen auswerfen würde? Dass darunter auch so ethisch zweifelhafte Gesetze wie das NGO-Agentengesetz oder die Anti-Schwulen-und-Lesben-Gesetzgebung sein würde? Er konnte es nicht wissen.

Was er hätte wissen können (und wahrscheinlich weiß), ist, dass solche Großereignisse, solche Großanstrengungen, solche Großstaten wie Olympische Winterspiele in den Subtropen zu veranstalten, in Russland (zwar bei weitem nicht nur hier, aber hier besonders) auf gewisse gesellschaftspezifische Schwierigkeiten stoßen. Anders ausgedrückt denkt man in Russland noch öfter als anderswo gern größer, als es den praktischen Fähigkeiten zur Umsetzung entspricht. Der russische Volksmund hat für das Ergebnis eine treffende, wenn auch etwas grobe Beschreibung gefunden: Man mache etwas »durch den A...« (die Pünktchen stehen für ein äußerst unanständiges Wort für das wertvolle Hinterteil eines jeden Menschen). Um dem eigenen, zu hoch angesetzten Anspruch zu genügen, muss das Schicksal also gezwungen werden. Da das Schicksal sich aber in der Regel ungern zwingen lässt, erfordert das fast unmenschliche Anstrengungen. Diese Anstrengungen und diese Überforderung sieht man dann dem sowohl dem Ergebnis als auch dem Weg dorthin an (davon später). Vieles ist ein wenig hässlicher als erhofft, erwartet und nötig.

Diese Art der fast unendlichen Kraftanstrengung wird unternommen, weil ein Zurück oder gar ein Scheitern schlicht undenkbar ist. Undenkbar, weil der oberste Herr des Landes sein Renommee (und manchmal sein politisches Schicksal) mit dieser Unternehmung verbunden hat. Undenkbar, weil das internationale Prestige des Landes daran hängt. Undenkbar, weil Russland nie mit einem zweiten Platz zufrieden sein kann. Dieser Anspruch (der mehr als eine Art naturgegebenes Recht wahrgenommen wird, denn als Auftrag) folgt allerdings nicht, weil Russland, wie mitunter die USA, fast messianisch davon überzeugt wäre, die Nummer Eins zu sein. Nein. Er hat eher mit einer tiefen im Land geheg-

ten Unsicherheit zu tun, dem »internationalen Standard«, dem, was als »zivilisiert« gilt oder angenommen wird (und immer noch vom hassgeliebten »Westen« vorgegeben wird) zu genügen. Deshalb ist es geradezu eine (Über-)Lebensaufgabe, diesen Standard immer wieder zu übertrumpfen zu versuchen. Und zwar mehr noch, um es sich selbst zu zeigen, als allen anderen (wobei die Anerkennung der anderen meist aber Voraussetzung des Glaubens an die eigenen Fähigkeiten bleibt).

Nicht zuletzt hierzu sind die von Putin ins Land geholten internationalen Großereignisse (ASEAN-Gipfel 2012, Universiade 2013, Olympische Spiele 2014, Fußballweltmeisterschaft 2018) da. Besonders aber die Olympischen Spiele in Sotschi. Es gibt hier geradezu einen Erschaffungsmoment. Ein kleines Video, das in den sozialen Netzwerken im Internet kursiert, zeigt Putin in den Kaukasusbergen bei Sotschi, wie er Umstehenden davon erzählt (<<http://heuteshow.zdf.de/heute-show/heute-show-5989212.html>>). Er sei, sagt Putin und zeigt herum auf die zum Aufnahmezeitpunkt gerade entstehenden Olympiabauten, hier einst mit dem Jeep hochgefahren. Das sei reine Wildnis gewesen. Nichts habe es da gegeben. Und dann habe er gesagt, hier müssten die Olympischen Spiele hin. So ist es dann gekommen. Es sind Putins Spiele in Putins Russland.

Nun zum Produkt, den Spielen. Die politische Begleitmusik, die oben schon erwähnte Re-Ideologisierung, die schwieriger gewordene Beziehung Russlands zum medial immer noch weltweit dominierenden Westen (die im Ringen in der und um die Ukraine in den vergangenen Wochen eine ganz konkrete Form angenommen hat) haben den Ton vorgegeben. Das Produkt wird vielseitig kritisiert. Und es gibt ja tatsächlich viel zu kritisieren. Die überbordende Korruption, die gewissenlose Umweltzerstörung, der fast schon gnadenlose Umgang mit ehemaligen und aktuellen Anwohnern der Olympiagebiete in Sotschi und den (Gast-)Arbeitern auf den Olympiabaustellen sind alles keine Lässlichkeiten. Sie sind aber auch keine russische Spezialität. Alles das hat es schon gegeben, zuletzt in ähnlicher Massierung bei den Sommerspielen in Peking 2008.

Hinzu kommen die vielen kleinen Unzulänglichkeiten, über die sich auszulassen für Journalisten eine wahre Freude ist (Eine Tendenz, die sich über die durchs Internet inzwischen weltweite redaktionelle Konkurrenz selbst verstärkt). Selten wurde ihnen ihr Job so einfach gemacht. Mehrere Toilettenschüsseln in einem Raum

ohne Trennwände. Kein Wasser, kein heißes Wasser oder eine gelbe Brühe aus dem Wasserhahn im Hotel. Witzige, hilflose bis anrührende Versuche englischer Übersetzungen an Straßenschildern, in Restaurants und Kaufläden. Über all dies lässt sich vortrefflich spotten und glossieren. All dies steht in krassen Kontrast zum Anspruch der russischen Regierung, die besten Spiele aller Zeiten auszurichten, zum Anspruch, auf »Weltniveau« zu sein, ja sogar darüber. Das vielstimmige Kreml-Klagen darüber, es handle um eine »inszenierte antirussische Kampagne« ist nicht mehr als der übliche Reflex auf (fast jede) Kritik. All dieser Spott ist also berechtigt, wird nach kurzer Zeit aber auch reichlich schal.

Das gilt besonders für die Stimmung in Russland. Natürlich gibt es auch im Land weiterhin Kritik an all dem hier aufgeführten. Aber seit die Olympischen Spiele begonnen haben, ist sie leiser geworden. Auch viele der Kritiker lieben den Sport und bangen mit den Sportlern, zu allermeist, kaum überraschend und kaum verwerflich, mit den russischen. Hinzu kommt etwas anderes. Kaum jemand (im Land) ist davon ausgegangen, dass die Spiele von Sotschi perfekt würden. Die Erwartungen waren von vornherein nicht sonderlich hoch. Die Menschen kennen ihr Land und ihren Staat.

Was das heißt, zeigt sehr gut eine Umfrage des Lewada-Zentrums (<<http://www.levada.ru/07-02-2014/rossiyane-o-gotovnosti-vlozhit-lichnye-sredstva-v-olimpiadu>>), veröffentlicht in der vorolympischen Woche. 47 % der Befragten erklärten die hohen Kosten als Folge der Korruption (Mehrfachnennungen waren möglich), 34 % hielten Gier und Gewissenlosigkeit der Baufirmen für den Grund, 19 % nannten die schlechte staatliche Verwaltung. Gleichzeitig sind 62 % der Befragten überzeugt davon, dass die der Korruption schuldigen Beamten und Unternehmen ungestraft davon kommen. 38 % glauben, dass die Olympischen Spiele vor allem nach Russland geholt wurden, damit es etwas zum Klauen gibt (zum »Zersägen«, wie es umgangssprachlich auf Russisch heißt).

Gleichzeitig finden aber 53 % gegenüber 26 %, dass es trotzdem richtig war, die Olympischen Spiele in Russ-

land auszurichten. Für 85 % der Befragten ist es wichtig, dass die russische Mannschaft im Medaillenspiegel am Schluss unter die fünf Besten gelangt. 78 % sind davon überzeugt, dass dies gelingt und 57 % rechnen sogar mit einem Platz unter den ersten Drei.

Kaum jemand in Russland glaubt also den Versicherungen von Präsident Putin und anderer Politiker, es sei kaum etwas oder nur wenig von den rund 40 Milliarden Euro der Baukosten für die olympische Infrastruktur geklaut worden. Nur wenige lassen sich davon überzeugen, dass die Sotschi-Investitionen einen Schub für die Entwicklung nicht nur des russischen Südens, sondern für die Wirtschaft des ganzen Landes bringen. Aber da die Hoffnung in den Staat ohnehin gering ist, hält sich auch die Enttäuschung in engen Grenzen.

Was heißt das nun für Putin? Zu allererst, dass die Olympischen Spiele für ihn immer noch zu einem politischen Erfolg werden können (sie sind auf dem Weg). Zumindest im Land. Niedrige Erwartungen zusammen mit einem einigermaßen zufriedenstellenden Ablauf (keine größeren Pannen, keine Dopingskandale, keine Anschläge und eine ausreichend erfolgreiche russische Mannschaft) bieten dafür weiter eine gute Chance. Die Chance, mit den Olympischen Spielen das Ansehen Russlands in der (westlichen) Welt zu verbessern, war wohl nach den Protesten von 2011/2012, den harten Reaktionen des Kremls und der damit einhergehenden Re-Ideologisierung ohnehin gering. Wenn sie denn überhaupt je sonderlich hoch war (was nach den Olympischen Spielen in Peking 2008 mit Fug bezweifelt werden kann).

P.S.: Fast hätte ich das Abschneiden der russischen Eishockeymannschaft völlig vergessen. Die muss natürlich gewinnen, um Olympia in Sotschi nationale Legendenkraft zu verleihen. Am besten in einem Wimpernschlagfinale gegen die USA. 3 zu 2 in Overtime.

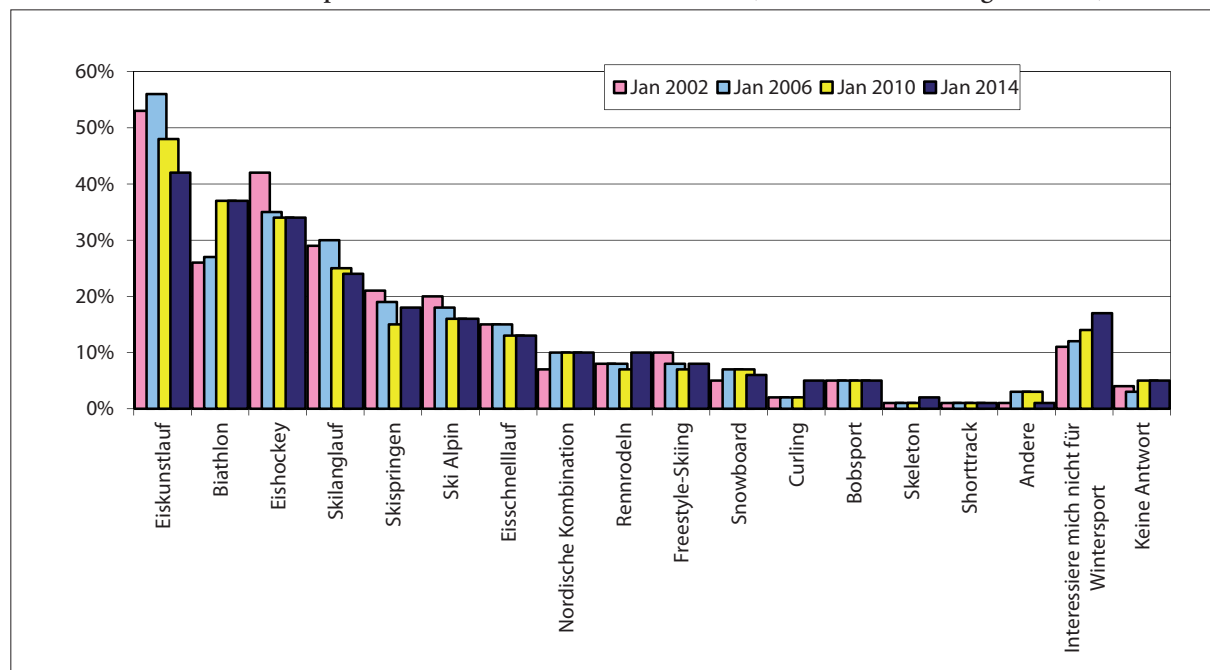
Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

UMFRAGE

Vorfreude auf Sotschi. Umfragen im Vorfeld der Winterolympiade

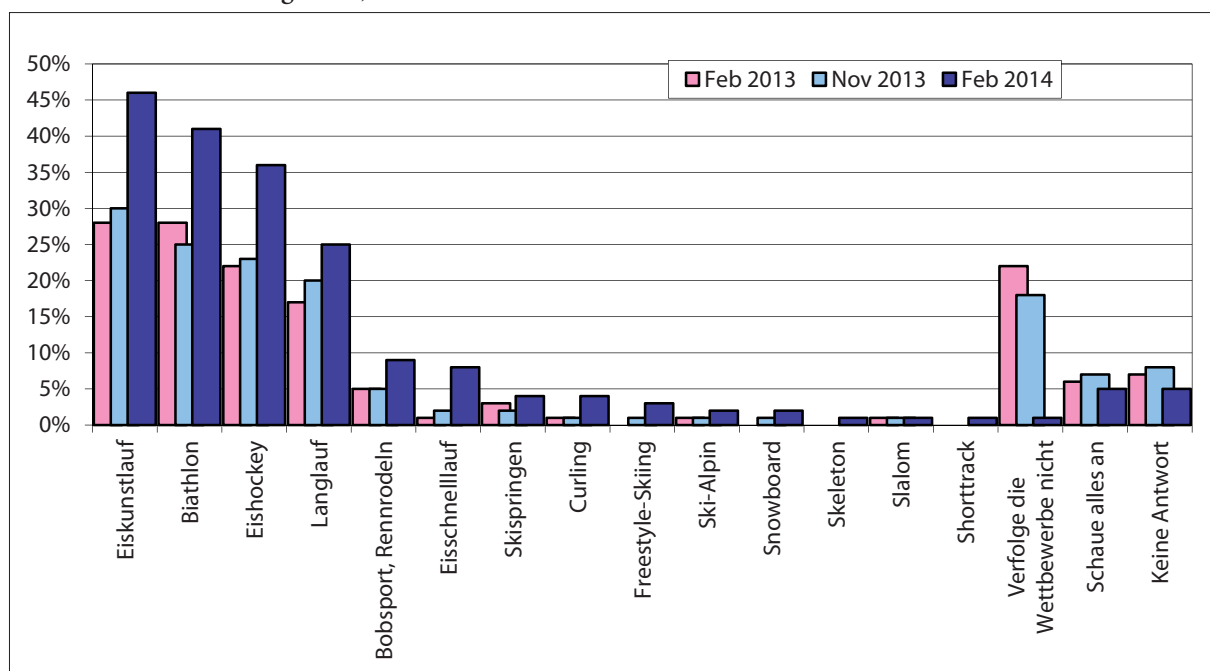
Welche Wintersportarten sind für die Russen interessant?

Grafik 11: Welche Wintersportarten interessieren Sie am meisten? (Mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter:
<http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

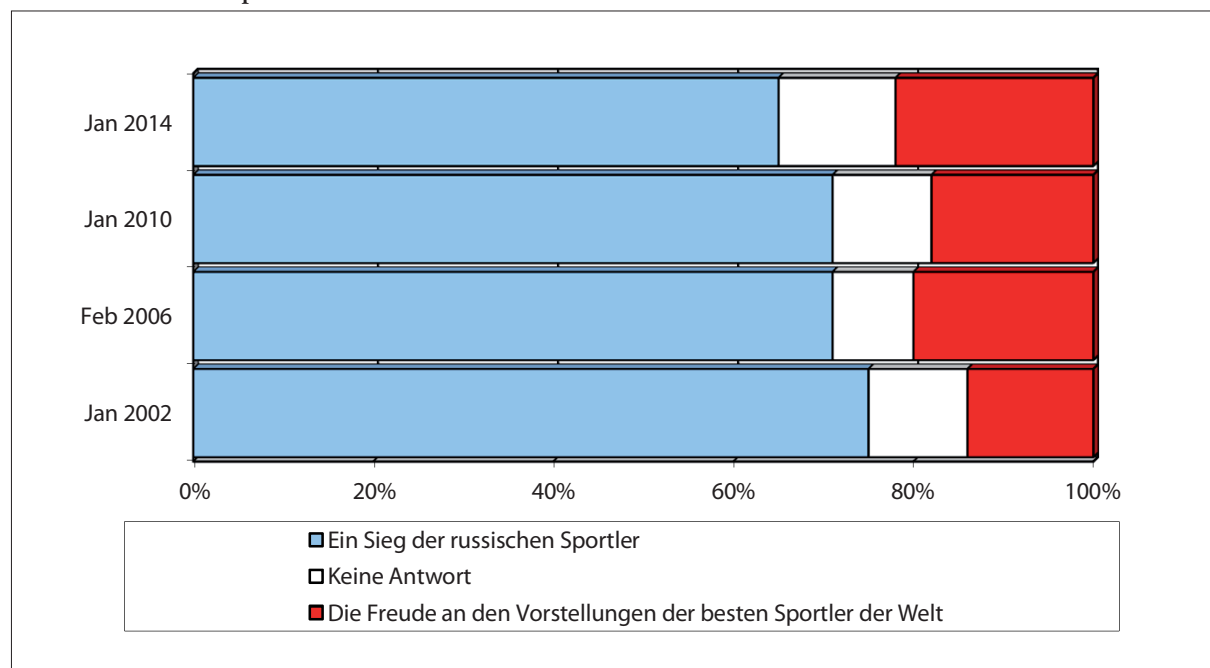
Grafik 12: Welche Sportarten wollen Sie ansehen? (offene Frage, beliebige Zahl an Antworten, nur Angaben von über 1 % angeführt)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 01.–02.02.2014, N = 1600. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter:
<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114700>

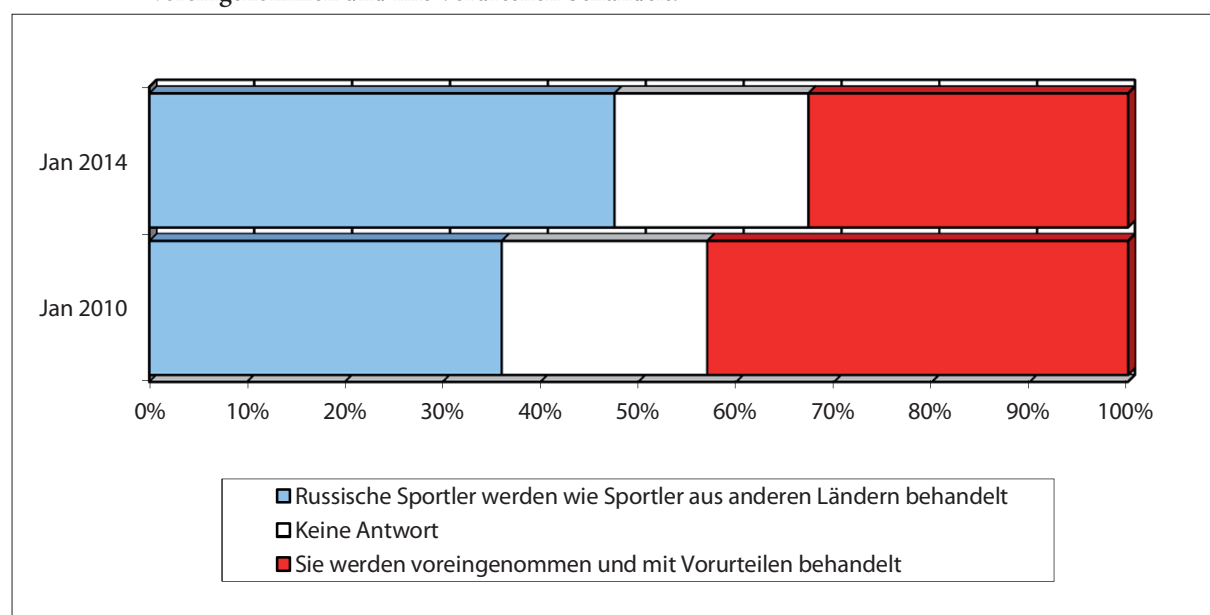
Wie wichtig sind Siege?

Grafik 13: Was ist Ihnen wichtiger: ein Sieg der russischen Sportler oder die Freude über die Präsentation der besten Sportler der Welt?



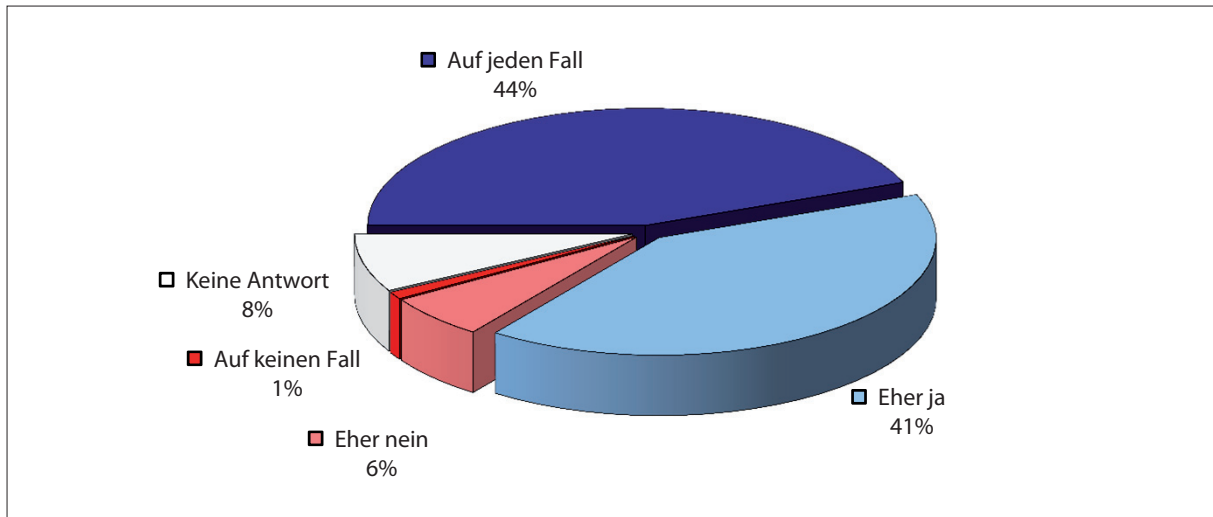
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter:
<<http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>>

Grafik 14: Werden russische Sportler in internationalen Wettkämpfen wie Sportler aus anderen Ländern oder voreingenommen und mit Vorurteilen behandelt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter:
<<http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>>

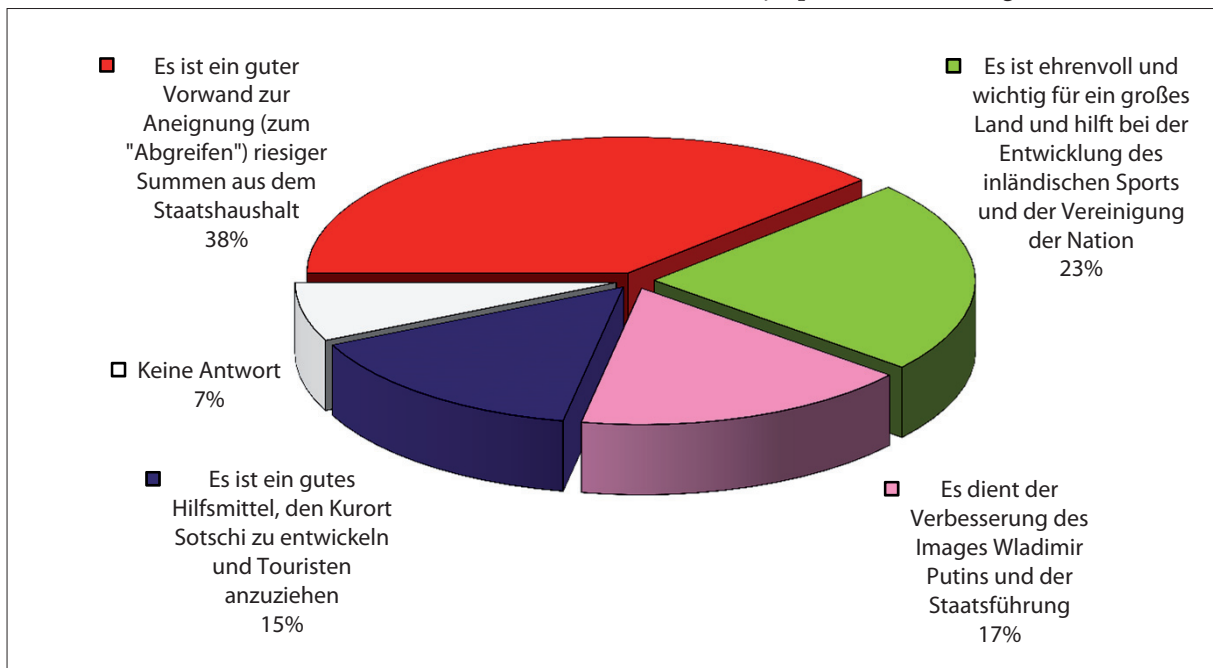
Grafik 15: Finden Sie es wichtig, dass die russische Olympia-Mannschaft unter den besten fünf Teams in der Gesamtwertung abschneidet?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter: <http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

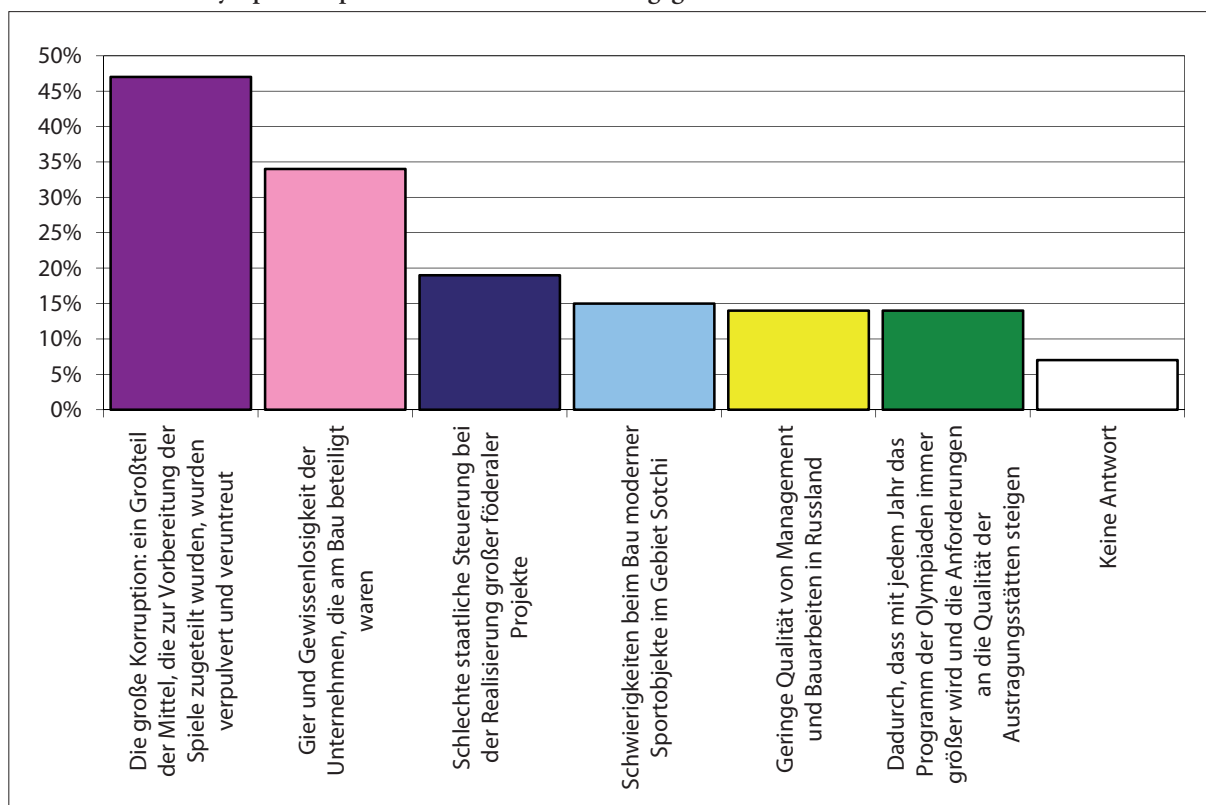
Sotschi – der gesellschaftliche Kontext

Grafik 16: Aus welchem Grund haben die russischen Beamten die Olympiade nach Sotschi geholt?



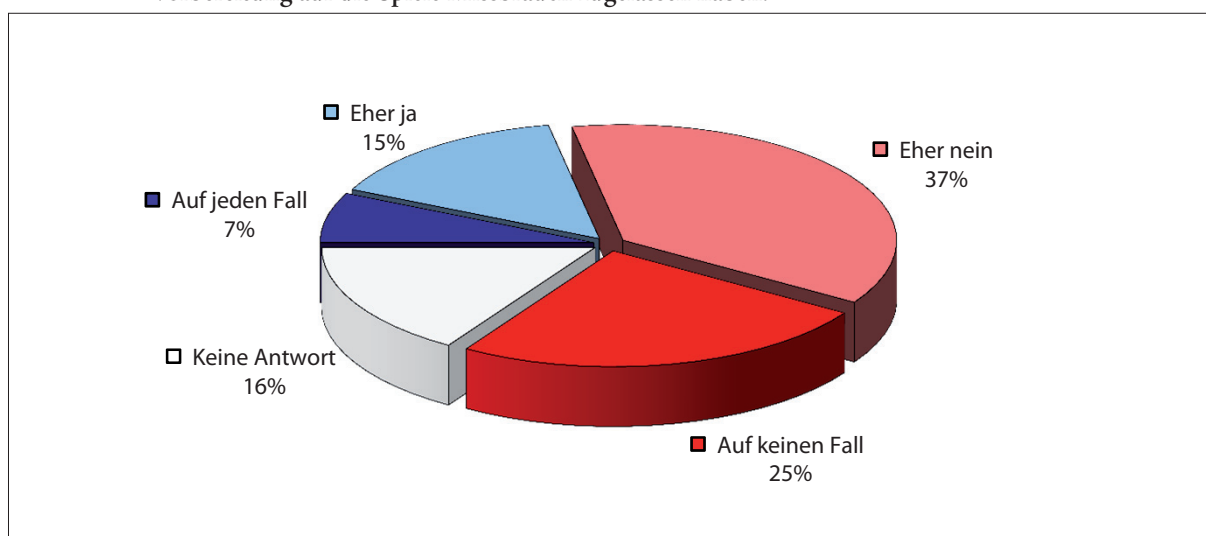
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter: <http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

Grafik 17: Wie ist zu erklären, dass Russland zur Vorbereitung der Olympiade mehr ausgegeben hat, als jemals für Olympische Spiele in anderen Ländern ausgegeben wurde?



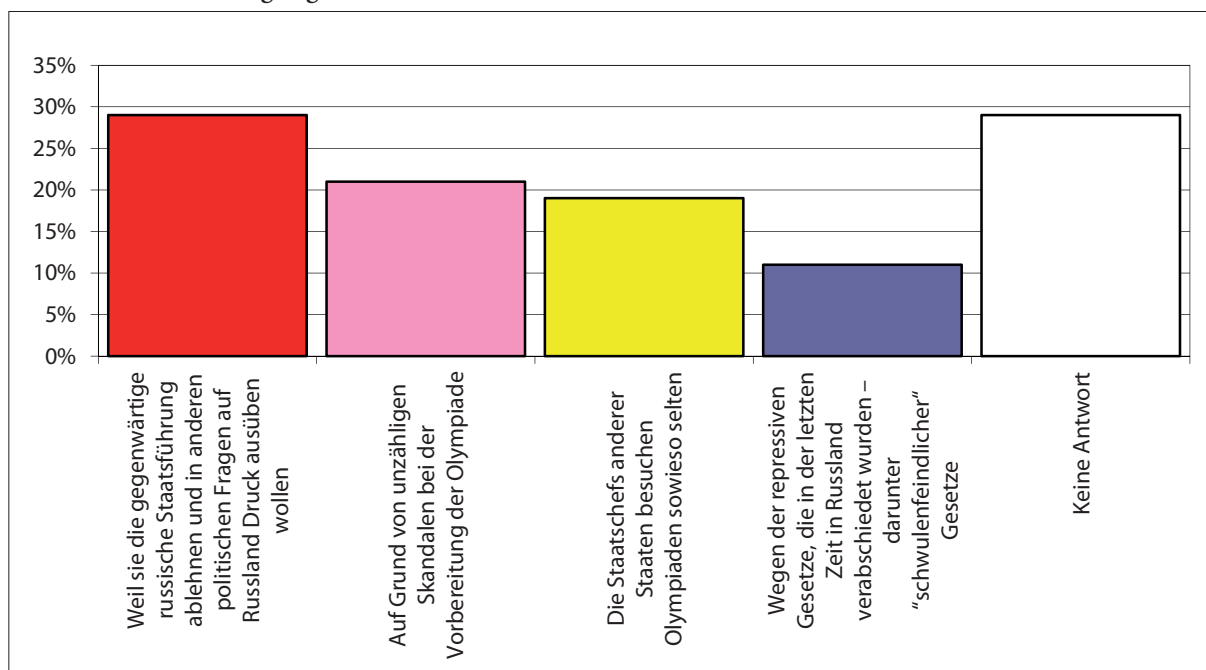
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter: <http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

Grafik 18: Werden nach der Olympiade die Beamten und Unternehmer zur Verantwortung gezogen, die bei der Vorbereitung auf die Spiele Missbrauch zugelassen haben?



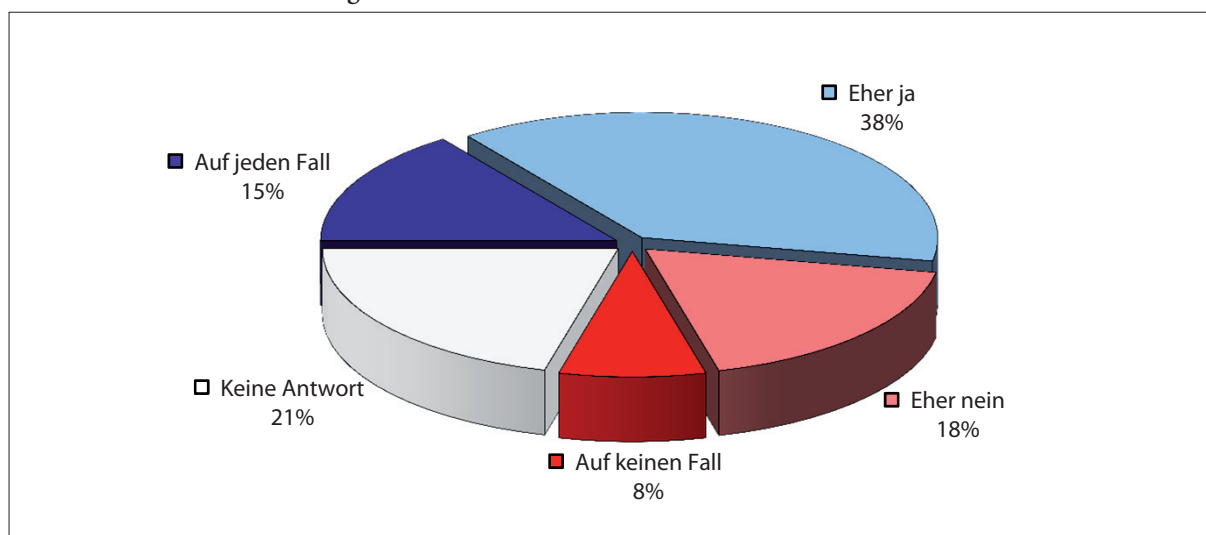
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter: <http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

Grafik 19: Warum haben viele westliche Staats- und Regierungschefs ihre Teilnahme an der Olympiade in Sotschi abgesagt?



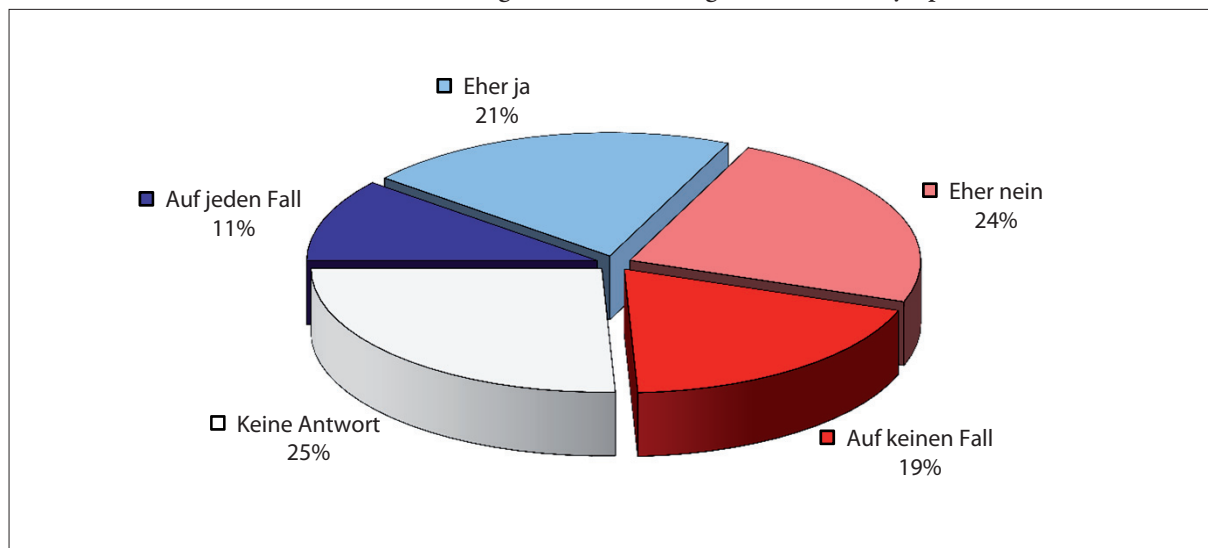
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter: <http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

Grafik 20: War es eine richtige Entscheidung Russlands, die Austragung der Olympischen Winterspiele in Sotschi zu beantragen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter: <http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>

Grafik 21: Sollte Russland nun einen Antrag auf Durchführung einer Sommerolympiade stellen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27.06.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 05.02.2014 unter:
<<http://www.levada.ru/print/05-02-2014/zimnie-olimpiiskie-igry-v-sochi-interes-nadezhdy-i-otsenka>>

CHRONIK

30. Januar – 13. Februar 2013

30.01.2014	Bei einer Nachtübung auf einem Truppenübungsplatz im Bezirk Chabarowsk werden zwei Wehrdienstleistende durch eine Explosion in einem Panzerfahrzeug getötet.
31.01.2014	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt das Urteil im Fall William Browder, dem Vorsitzenden von Hermitage Capital. Browder war wegen Betrugs in Abwesenheit zu neun Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Großbritannien lehnt eine Auslieferung Browders ab.
31.01.2014	Bei einer nicht genehmigten »Strategie-31«- Demonstration zur Verteidigung des Versammlungsrechts auf dem Moskauer Triumphalplatz werden 25 Personen, darunter der Schriftsteller Eduard Limonow, festgenommen.
01.02.2014	In der russischen Föderation tritt ein Gesetz in Kraft, das die Sperrung von Internetseiten durch den Föderalen Dienst für Medienaufsicht »Roskomnadsor« ohne richterliche Entscheidung erlaubt. Die bisherigen Tatbestände werden um Aufruf zu Massenunruhen und Extremismus erweitert.
01.02.2014	Das Bildungsministerium und das Ministerium für Massenkommunikation und das Fernsprechwesen arbeiten einen Anforderungskatalog für Internetanbieter an russischen Schulen aus. Eine erste Fassung setzt die Sperrung verschiedenster »Gefahrenquellen« voraus, darunter gewaltverherrlichende Online-Spiele, anonyme Online-Foren und Blogs, Chats, Anonymisierungsprogramme, Datenbanken für Referate, Online-Casinos.
01.02.2014	Marschall Wasilij Petrow, Held der Sowjetunion, stirbt im Alter von 98 Jahren in Moskau. Nach seinem Tod ist nur noch ein Marschall der Sowjetunion am Leben – Dmitrij Jasow.
01.02.2014	Artur Bagdasarjan, Sekretär des armenischen Sicherheitsrates, erklärt, dass 2014 zwei russisch-armenische Infrastrukturprojekte in Armenien realisiert werden. Im Gebiet Gegarkunik wird ein Kaukasisches Territorialzentrum von »Armrosgosreserw« mit russischen Technik- und Lebensmittelvorräten eingerichtet, im Gebiet Kotajk ein humanitäres Zentrum des russischen Katastrophenschutzministeriums.
02.02.2014	Bei einer Gasexplosion im Verwaltungsgebäude des Unternehmens »Selchoschimija« im Gebiet Wladimir werden fünf Angestellte getötet und drei weitere verletzt.
02.02.2014	In Moskau nehmen laut Polizei 2.000, laut Veranstalter 15.000 Teilnehmer an einer friedlichen Demonstration zur Unterstützung der Angeklagten im »Bolotnaja-Fall« teil. Die Genehmigung wurde nach wochenlangen Verhandlungen erst drei Tage zuvor erteilt.
03.02.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen Erlass zur Gründung des »Vereinigten Raketen- und Weltraumunternehmens« (ORKK). Das »Forschungsinstitut für Weltraum-Gerätebau« und das »Zentrum zum Betrieb bodengestützter Weltraum-Infrastrukturprojekte« gehen im ORKK auf.
03.02.2014	Die Untersuchungshaft von Alexej Gaskarow, eines der Angeklagten im »Bolotnaja-Fall« wird bis Ende April verlängert.
03.02.2014	Im Norden Moskaus erschießt ein 15jähriger Schüler einen Lehrer und nimmt 20 Schüler als Geiseln. Bei einem Feuergefecht mit der Polizei wird ein Polizist getötet, ein zweiter verletzt. Der Vater, ein Angehöriger der Sicherheitskräfte, kann seinen Sohn schließlich zur Aufgabe überreden.
04.02.2014	Die Unternehmensleitung des kritischen Fernsehsenders »Doshd« (»Regen«) gibt in Moskau eine Pressekonferenz. Am Vortag hatte der größte Anbieter zur Satellitenübertragung »Trikolor TV« angekündigt, »Doshd« am 10. Februar vom Netz zu nehmen. Die Generaldirektorin des Senders Natalja Sindejewa will »Doshd« aber weiter betreiben.
04.02.2014	Ein Geschworenengericht in der Region Primorje im russischen Fernen Osten verurteilt fünf Männer, die im Sommer 2010 Anschläge und Morde gegen Sicherheitskräfte verübt haben. Die Geschworenen bestätigen alle Anklagepunkte. Die Bande war als »Partisanen von Primorje« bekannt geworden.
04.02.2014	Michael McFaul, US-Botschafter in Moskau, gibt in einem Internetblog bekannt, dass er nach den Olympischen Winterspielen aus familiären Gründen sein Amt aufgeben wird.

04.02.2014	Das Moskauer Stadtgericht verlängert die Untersuchungshaft von Leonid Raswoschajew und den Hausarrest gegen Sergej Udaltow, einen Aktivisten der Linken Front, bis zum 10. Juni.
05.02.2014	Im Gebiet Kirow entgleist ein Güterzug mit Flüssiggas, es kommt zu einem Großbrand, der erst nach etwa 24 Stunden gelöscht werden kann. Mehr als 400 Personen werden evakuiert. In der Folge gelangen Ölprodukte in einen naheliegenden Fluss.
05.02.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation in Isberbasch (Dagestan) werden drei Untergrundkämpfer, getötet, darunter ein mutmaßlicher Drahtzieher der Terroranschläge in Wolgograd.
06.02.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt Alexandra Lewizkaja zur Vorsitzenden der Kommission für die Angelegenheiten der Invaliden sowie der Kommission für Veteranen beim Präsidenten. Lewizkaja, die von Putin zudem mit dem Freundschaftsorden ausgezeichnet wird, ist gleichzeitig eine Beraterin Putins.
06.02.2014	Die Moskauer Polizei nimmt rund 30 Personen vorübergehend fest, die im Stadtzentrum für die Freilassung der Untersuchungsgefangenen im »Bolotnaja-Fall« demonstriert hatten.
06.02.2014	Präsident Wladimir Putin trifft am Vorabend der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Sotschi mit Emomali Rahmon, dem Präsident Tadschikistans, sowie im Anschluss mit Xi Jinping, dem Generalsekretär der KP in China, zu Gesprächen zusammen. Gemeinsam mit Xi Jinping findet eine Videokonferenz mit den Kommandeuren der russischen und chinesischen Begleitschiffe beim Abtransport syrischer Chemiewaffen statt.
07. 02. 2014	Im Olympiastadion »Fischt« in Sotschi werden die Olympischen Winterspiele mit einer feierlichen Zeremonie und nach einer Ansprache von Präsident Wladimir Putin eröffnet. Im Anschluss lädt Putin die Ehrengäste zu einem feierlichen Empfang.
08. 02. 2014	Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte in Machatschkala (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer getötet. Ein Kämpfer hatte sich zuvor gestellt. Unter den Getöteten soll ein Organisator der Terroranschläge in Wolgograd sein.
08. 02. 2014	Igor Jegorow, Sprecher der Strategischen Raketenstreitkräfte (RWSN) des russischen Verteidigungsministeriums gibt bekannt, dass die Zahl der Berufssoldaten der Einheit bis 2018 von 18.000 auf 30.000 erhöht werden soll.
09. 02. 2014	Ein Unbekannter eröffnet in der zentralen orthodoxen Kirche in Süd-Sachalin das Feuer. Zwei Personen werden getötet, sechs weitere erleiden Schussverletzungen.
10. 02. 2014	»Trikolor TV« stellt die Satellitenübertragung des unabhängigen Fernsehsenders »Doschd« ein. Die russische Gesellschaft für den Verbraucherschutz klagt gegen mehrere Kabelnetzbetreiber. Michail Fedotow, Vorsitzender des Menschenrechtsrats beim Präsidenten, bezeichnet die Situation um »Doschd« als skandalös.
10. 02. 2014	Greenpeace Russland teilt mit, dass ein St. Petersburger Gericht alle Kautionszahlungen zurückbezahlt habe. Greenpeace hatte jeweils rund 43.000 Euro Kaution für die Freilassung der »Arctic 30« aus russischer Untersuchungshaft hinterlegt. Im Zuge des Amnestiegesetzes wurden die Verfahren eingestellt.
11. 02. 2014	Der russische Dienst für den Verbraucherschutz hebt sämtliche Importbeschränkungen gegen litauische Milchprodukte auf. Diese waren am 7. Oktober 2013 überraschend eingeführt worden. Kritiker hatten auf einen Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft in Vilnius Ende November, auf dem ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterzeichnet werden sollte.
11. 02. 2014	Die »Kommission für Monumentalkunst« im Moskauer Stadtparlament lehnt einstimmig und »in Anbetracht der gesellschaftlichen Umstände« die Rückkehr des Dserschinskij-Denkmals auf den Moskauer Lubjanka-Platz ab. Felix Dserschinskij hatte 1917 die Geheimpolizei »Tscheka« gegründet, die Vorgängerin des KGB und des heutigen FSB.
12. 02. 2014	Präsident Wladimir Putin empfängt die russische Regierung in erweitert Zusammensetzung in seiner Residenz bei Moskau. Im Zentrum stehen rechtliche Rahmenbedingungen zur Entwicklung eines russischen Finanzmarktes und die Umsetzung eines Aktionsplans des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung für 2013–2018.

12. 02. 2014	Das russische Sportministerium gibt bekannt, dass alle russischen Medaillengewinner der Olympischen Winterspiele den Titel »Verdiente Meister des Sports« erhalten. Die Auszeichnung, die 1934 in der Sowjetunion eingeführt wurde, erhält am gleichen Tag die erst 15-jährige Julija Lipnizkaja für ihre Goldmedaille im Eiskunstlauf.
13. 02. 2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung, die die Adoptionsregelungen erweitert. Demnach wird die Adoption russischer Waisenkinder an gleichgeschlechtliche Partnerschaften auch in Länder untersagt, in denen diese gesetzlich anerkannt ist.
13. 02. 2014	Das Dumakomitee für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau lehnt eine parlamentarische Untersuchung der Handlungen des ehemaligen Verteidigungsministers Anatolij Serdjukow ab. Gegen Serdjukow wird wegen Vernachlässigung der Dienstpflichten mit großem Schaden ermittelt.
13. 02. 2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin und seine mögliche Nachfolgerin Ella Pamfilowa. Pamfilowa erklärt sich bereit, Lukin im Amt zu folgen, sollte sie in der Staatsduma hierzu gewählt werden. Putin wünscht sich Zusammenarbeit und einen kritischen Blick auf die Aktivitäten der Staatsmacht.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

[<https://twitter.com/laenderanalysen>](https://twitter.com/laenderanalysen)